

MONATSBERICHTE DES ÖSTERREICHISCHEN INSTITUTES FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

XXIII. Jahrgang, Nr. 11

November 1950

Inhalt

Die wirtschaftliche Lage in Österreich

Höhepunkte der Industrieproduktion und der Ausfuhr — Unzureichende Rohstoffeinfuhr — Saisonbedingte Zunahme der Arbeitslosigkeit

Währung, Geld- und Kapitalmarkt — Preise, Lebenshaltungskosten, Löhne — Ernährung, Der Fleischversorgungsplan 1950/51 — Land- und Forstwirtschaft; Zur Lage auf dem Holzmarkt — Energiewirtschaft — Gewerbliche Produktion — Umsätze — Arbeitslage; Unfälle und Berufskrankheiten; Die Beschäftigtenstruktur Wiens — Verkehr — Außenhandel

Der Bundesvoranschlag 1951

Österreichische Wirtschaftszahlen (*Genaue Inhaltsangabe auf der 3. Umschlagseite*)

Internationale Wirtschaftszahlen (*Weltmarktpreise*)

Die wirtschaftliche Lage in Österreich

Höhepunkte der Industrieproduktion und der Ausfuhr — Unzureichende Rohstoffeinfuhr — Saisonbedingte Zunahme der Arbeitslosigkeit

Die österreichische Wirtschaft steht sichtbar im Zeichen des internationalen Wettrüstens. Industrieproduktion und Produktivität, Ausfuhr und Ausfuhrüberschuß im kommerziellen Verkehr erreichten neue Höhepunkte. Andererseits verschärft sich die Knappheit an wichtigen Rohstoffen. Alte Lagerbestände erschöpfen sich allmählich und die Nachbeschaffung stößt selbst zu höheren Preisen auf große Schwierigkeiten. Die Rückwirkungen der internationalen Rohstoffverknappung drohen um so fühlbarer zu werden, als die Tendenz steigender Weltmarktpreise noch immer anhält und nicht nur die USA, sondern auch viele europäische Staaten zu direkten Lenkungsmaßnahmen übergehen. Auch die OEEC berät über internationale Zuteilungssysteme für knappe Rohstoffe.

Im Gegensatz zur anhaltend hohen Auslandsnachfrage hat die in den letzten Monaten spekulativ übersteigerte Inlandsnachfrage im Oktober merklich nachgelassen. Die Umsätze im Einzelhandel sanken entgegen den saisonbedingten Erwartungen in den meisten Branchen unter den Stand des Vormonates. Auch die Bausaison war infolge vorzeitigen Schlechtwettereinbruches bereits in der ersten Oktoberhälfte rückläufig, so daß der saisonübliche Umschwung auf dem Arbeitsmarkte um einen Monat früher einsetzte als im Vorjahre.

Der Nachfragerückgang im Einzelhandel dürfte allerdings im Dezember wieder von einem stärkeren

Auftrieb abgelöst werden. Die übliche saisonbedingte Nachfragespitze vor Weihnachten wird vor allem durch die in den letzten Jahren immer mehr an Bedeutung gewinnenden einmaligen Lohn- und Gehaltszulagen (Weihnachtsremunerationen, 13. Monatsgehalt) verstärkt werden. Aber auch das Winterbauprogramm, die noch ausstehende letzte Rate der Counterpart-Freigabe 1950 in Höhe von 650 Mill. S, die noch in diesem Jahre freigegeben und verbraucht werden soll, sowie der Exportüberschuß im kommerziellen Außenhandel¹⁾ werden im Wege höherer Beschäftigung und höherer Einkommen die Konsumgüternachfrage verstärken. Man wird daher mit einer kräftigen, wenn auch nur vorübergehenden Nachfragesteigerung rechnen müssen.

Die Tendenz steigender *Preise* hat sich im November etwas verlangsamt. Von Mitte Oktober bis Mitte November sind die Großhandelspreise nur noch um 0,2%, die Kleinhandelspreise um 1,0% (beide laut Berechnungen des Statistischen Zentralamtes) und der vom Institut berechnete Lebenshaltungskostenindex um 1,9% gestiegen. Die Aufwärtsbewegung der Preise dürfte indessen noch nicht abgeschlossen sein. Viele Unternehmer haben bisher ihre Preise noch zu den Einkaufspreisen ihrer

¹⁾ Die nachfragebelebende Wirkung des Exportüberschusses wurde bisher durch den Abbau von Lagerbeständen gedämpft. Sobald jedoch die Lagerenthörung aufhört, ist ein ruckartiger Nachfrage- und Preisauftrieb zu befürchten.

alten Lagerbestände kalkuliert, werden jedoch auf Grund der neuen, vielfach weitaus höheren Rohstoffpreise versuchen, die Mehrkosten zumindest teilweise zu überwälzen. Vielfach sind auch „unsichtbare“ Preissteigerungen in Form von Qualitätsverschlechterungen (z. B. bei Textilien) zu erwarten.

Angesichts dieser Entwicklung drängt sich die Frage auf, wie weit es dem vierten Preis-Lohn-Abkommen bisher gelungen ist, das Realeinkommen der Arbeitnehmer vor Einbußen zu bewahren. Hält man sich an die vom Institut berechneten Indizes, so zeigt sich, daß der Tariflohnindex von Mitte August¹⁾ bis Mitte November um 18%, der Lebenshaltungskostenindex dagegen nur um 12% gestiegen ist. Das Vorseilen des Tariflohnindex läßt jedoch noch nicht den Schluß zu, daß sich das durchschnittliche Realeinkommen der Arbeiterschaft verbessert habe. Einmal ist zu berücksichtigen, daß der Tariflohnindex für Arbeiter mit 2 Kindern berechnet wird, deren Nettolohn infolge Erhöhung der Kinderzulagen besonders stark gestiegen ist. Die durchschnittlichen Tariflöhne (ohne Kinderzulage) sind gegenwärtig nur um 15% höher als im August. Zum anderen aber wurde bereits in den letzten Berichten wiederholt darauf hingewiesen, daß der Lebenshaltungskostenindex des Institutes auf einem friedensmäßigen Verbrauchsschema beruht, das von den gegenwärtigen Verbrauchsgewohnheiten in entscheidenden Punkten abweicht. Dadurch reagiert er auf die im Abkommen verfügbaren Preiserhöhungen für Getreideprodukte und Strom — die heute in größeren Mengen verbraucht werden als vor dem Kriege — zu schwach, auf die sonstigen Preiserhöhungen (z. B. für Möbel und Bekleidungsgegenstände) aber zu stark. Wieweit sich beide entgegengesetzt wirkenden Faktoren im Ergebnis ausgleichen, könnte nur an Hand einer repräsentativen Verbrauchsstatistik genau beurteilt werden. Im allgemeinen dürften die Lohnzulagen des vierten Preis-Lohn-Abkommens durch die Preiserhöhungen seit August weitgehend ausgeglichen worden sein. Bei höheren Gehältern ist infolge der starken Steuerprogression — das Realeinkommen gesunken.

Die Umsätze im Einzelhandel sind im Oktober entgegen den saisonbedingten Erwartungen fast allgemein zurückgegangen. Die Wiener Warenhäuser setzten wertmäßig um 6%, die Konsumgenossenschaften um 10% und der gesamte Einzelhandel um 1% weniger um als im September. Die Mengenumsätze

¹⁾ Als Ausgangspunkt wurde der August gewählt, da auch die Preiserhöhungen vor dem Preis-Lohn-Abkommen (z. B. bei Kohle) durch die Lohnerhöhungen des Abkommens abgegolten werden sollten.

dürften etwas stärker gesunken sein, da die Preise vielfach gestiegen sind. Der saisonwidrige Umsatzrückgang läßt sich vor allem darauf zurückführen, daß in den letzten Monaten infolge des Korea-Konfliktes und des vierten Preis-Lohn-Abkommens spekulative Käufe getätigt und Umsatzsteigerungen vorweggenommen wurden.

Der Index der *Industrieproduktion* erreichte im September mit 149,4 (1937 = 100) den bisher höchsten Stand, obwohl die Produktion in einigen Zweigen saisonbedingt zurückging und in anderen durch Streiks gehemmt wurde. Besondere Fortschritte erzielten exportorientierte Zweige. Gegenüber August stieg die Produktion in der Maschinenindustrie um 6,5%, in der chemischen Industrie um 9,2%, in der eisenerzeugenden Industrie um 10,4%, in der Lederindustrie um 12,3% und in der Elektroindustrie sogar um 56,1%. Die Knappheit an Rohstoffen hat bisher die Produktion nicht entscheidend beeinträchtigt, da die meisten Betriebe noch über Rohstoffvorräte verfügen. Diese sind jedoch in einzelnen Zweigen bereits so stark gesunken, daß fühlbare Produktionseinschränkungen drohen (z. B. bei Edelftahl und Gummi), sofern nicht in Kürze ausreichende Mengen von Roh- und Hilfsstoffen importiert werden können.

Dank steigender Produktion konnten Industrie und Gewerbe im September 12.400 und im Oktober weitere 5.100 *zusätzliche Arbeitskräfte* aufnehmen. Die Gesamtzahl der Krankenversicherten stieg im Oktober um 2.600 und erreichte mit 1.997.300 fast die Zweimillionengrenze. Gleichzeitig hat jedoch auch die Zahl der *Arbeitslosen* zugenommen. Während im Vorjahre der saisonbedingte Umschwung auf dem Arbeitsmarkt erst in der ersten Novemberhälfte einsetzte, stieg heuer die Zahl der verfügbaren Arbeitslosen im Oktober von 86.183 auf 89.669 und erreichte Mitte November bereits 108.162, das sind um 38.600 mehr als im gleichen Zeitpunkt des Vorjahres. Der frühere Beginn der winterlichen Saisonarbeitslosigkeit dürfte hauptsächlich auf den Schlechtwettereinbruch im Oktober zurückzuführen sein und berechtigt daher noch nicht zu dem Schluß, daß in diesem Winter eine besonders hohe Saisonarbeitslosigkeit drohe. Die bevorstehende Freigabe von 650 Mill. S Counterparts sowie die Vorbereitung eines Winterbauprogrammes läßt vielmehr erwarten, daß die winterliche Saisonarbeitslosigkeit heuer nicht die im letzten Winter durch Zurückhaltung von Counterparts und Budgetprovisorien verschuldete Höhe erreichen wird.

Die Exportbelegung der letzten Monate übertrifft selbst hochgespannte Erwartungen. Von August

bis Oktober 1950 ist die *Ausfuhr* von 493'3 Mill. S auf 674'6 Mill. S, also um 37% gestiegen. Dem Volumen nach wurden im August 1950 82%, im Oktober dagegen bereits 120%¹⁾ von 1937 exportiert. Besonders stark belebte sich der Fertigwarenexport, dem man bisher im internationalen Konkurrenzkampf nur bescheidene Aussichten eingeräumt hatte. Viele Fertigwarenindustrien, insbesondere im Investitionsgüterbereich, meldeten die höchsten Exportergebnisse seit Kriegsende. Aber auch an Nahrungsmitteln wurde in den letzten Monaten erheblich mehr ausgeführt als im ersten Halbjahr 1950.

Die Entwicklung der *Einfuhr* hielt mit der Ausfuhrsteigerung nicht Schritt. Die kommerzielle Einfuhr war zwar im Oktober mit 580'5 Mill. S um 9'7% höher als im September, blieb aber noch immer um 2% unter dem Monatsdurchschnitt vom ersten Halbjahr 1950. Auch die Einfuhren im Rahmen der direkten Hilfe erreichten mit 130 Mill. S bei weitem nicht die Ergebnisse vom ersten Halbjahr. Infolge der gegenläufigen Entwicklung von Ein- und Ausfuhr ist die kommerzielle Handelsbilanz seit August „aktiv“. Im August betrug der *Ausfuhrüberschuß* 53'8 Mill. S, im September 63'5 Mill. S und im Oktober bereits 94'1 Mill. S.

Die günstige Entwicklung der Handelsbilanz spiegelt sich nicht nur in *steigenden Devisenreserven*, sondern auch in einem verhältnismäßig *geringen Zahlungsbilanzdefizit* gegenüber der „Europäischen Zahlungsunion“ wider. Während einige ERP-Länder ihre „Ausgangsposition“ bzw. ihre Kreditquoten bereits vollkommen oder zum größten Teil verbraucht haben und ersten Zahlungsbilanzschwierigkeiten entgegensehen, beanspruchte Österreich bis Ende Oktober, also in 4 Monaten, erst 10'7 Mill. \$ oder 13'4% seiner „Ausgangsposition“ von 80'0 Mill. \$. Im gleichen Zeitraum hat sich der auf Nostrokonten der Österreichischen Nationalbank ausgewiesene Devisenbestand um 220 Mill. S oder 127% erhöht.

Die Stärkung der Devisenreserven ging allerdings auf Kosten der *Rohstoffversorgung* der österreichischen Wirtschaft. Während die meisten Staaten angesichts steigender Weltmarktpreise und zunehmender Verknappungen möglichst viel Rohstoffe einkauften, war das Volumen der österreichischen Rohstoffeinfuhr mit 66'1% (1937 = 100) die niedrigste seit dem IV. Quartal 1948. Die Einfuhr von Kohle war im III. Quartal 1950 um 25%, von Roh-tabak um 64%, von Baumwolle um 35%, von Schaf-

wolle um 20% und von Kautschuk sogar um 72% niedriger als im Quartalsdurchschnitt 1949. Ein Nachholen der unterlassenen Rohstoffeinkäufe wird – wenn überhaupt – nur zu weitaus höheren Preisen möglich sein.

Die zurückhaltende Importpolitik läßt sich teilweise mit der Vorsorge für größere Getreide- und Futtermittelimporte erklären. Auch administrative Hemmungen – der Behördenapparat mußte sich erst auf das neue Abrechnungsverfahren im Rahmen der „Europäischen Zahlungsunion“ einstellen – mögen dazu beigetragen haben, daß Österreich seine „Ausgangsposition“ bisher nicht entsprechend ausgenutzt hat. Schließlich haben die Importeure selbst mit Importanträgen zurückgehalten, teils weil es ihnen an wirtschaftlicher Voraussicht fehlte, teils weil sie befürchteten, daß sie die erhöhten Rohstoffpreise aus wirtschaftlichen und politischen Gründen nicht weiterwälzen können.

Im übrigen darf bei einem Vergleich des österreichischen Defizits gegenüber der „Europäischen Zahlungsunion“ mit dem anderer ERP-Länder nicht übersehen werden, daß diese ihren Außenhandel nach den Beschlüssen der OEEC liberalisiert haben, während Österreich nach wie vor an einem strengen Devisenzuteilungsverfahren festhält. Wohl hat auch Österreich 60% seiner Einfuhr von der Genehmigungspflicht der Außenhandelskommission befreit, das entscheidende Merkmal der echten Liberalisierung, die automatische Devisenzuteilung, fehlt jedoch. Die Nationalbank teilt Devisen für liberalisierte Waren nur nach Maßgabe der verfügbaren Devisenvorräte zu und geht nunmehr – um die Willkür des Zuteilungsverfahrens zu beschränken – dazu über, auf Grund von detaillierten mengenmäßigen Importplänen Devisen bereitzustellen. Es handelt sich also im Wesen nicht um eine Aufhebung quantitativer Importbeschränkungen, sondern nur um die Verlagerung der Kontrollbefugnisse von der Außenhandelskommission auf die Nationalbank.

Österreich stützt sich bei diesen Maßnahmen auf eine Klausel des Vertrages mit der „Europäischen Zahlungsunion“, die jene Staaten von den Liberalisierungsbeschlüssen der OEEC entbindet, deren „Ausgangsposition“ die Kreditquote im Rahmen der Zahlungsunion übersteigt (Österreich erhielt eine „Ausgangsposition“ von 80'0 Mill. \$, seine Kreditquote beträgt dagegen nur 70'0 Mill. \$). Diese Klausel bewahrt die österreichische Wirtschaft vor einer äußerst schwierigen Situation, da die Aufhebung quantitativer Importbeschränkungen angesichts des noch immer beachtlichen Nachfrageüberschusses auf dem

¹⁾ Schätzung auf Grund des Quantumindex für September und der mengenmäßigen Ausfuhrsteigerung in den wichtigsten Warengruppen im Oktober. Die endgültige Indexberechnung für Oktober liegt nicht vor.

Devisenmarkt binnen kurzem zu einer völligen Erschöpfung der „Ausgangsposition“ und der Kreditlinien im Rahmen der Zahlungsunion führen müßte. Ein marktwirtschaftliches Außenhandelsgleichgewicht ließe sich kurzfristig nur durch rigorose Deflationsmaßnahmen oder durch eine starke Abwertung, die eine empfindliche Verteuerung der Lebenshaltung nach sich zöge, erzwingen. Beide Maßnahmen könnten jedoch politisch kaum durchgehalten werden und stünden im Widerspruch zu den bisherigen Grundlinien der österreichischen Wirtschaftspolitik.

Andererseits enthebt jedoch die Klausel des Vertrages mit der „Europäischen Zahlungsunion“ die österreichische Wirtschaftspolitik nicht der Notwendigkeit, Maßnahmen zu planen, die auf längere Sicht die Voraussetzungen für eine reibungslose Liberalisierung des Außenhandels schaffen. Eine Reihe von Maßnahmen — Vereinheitlichung des Kurssystems auf das für viele Fertigwaren unzureichende Niveau von 21'36 S, Vollbeschäftigungspläne, über-

dimensionierte Investitionsprogramme — deutet jedoch darauf hin, daß die österreichische Wirtschaftspolitik das Augenmerk vornehmlich auf die Stabilisierung des Preisniveaus und die Erhaltung eines hohen Beschäftigtenstandes richtet und sich offenbar damit abfindet, den Außenhandel auch in Zukunft zu regulieren.

Die behördliche Lenkung des Außenhandels mag unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht als ein besonderer Nachteil empfunden werden, da die internationale Rohstoffknappheit und die Aufrüstung selbst devisenstarke Länder zu Lenkungsmaßnahmen zwingen. Der Verzicht auf eine *allmähliche* Anpassung an die außenwirtschaftlichen Gegebenheiten läßt jedoch befürchten, daß die österreichische Wirtschaft trotz steigender Produktion und Produktivität auch auf lange Sicht dem Ziele eines freien Außenhandels nicht näherkommt und die Chance verpaßt, sich in einen einheitlichen westeuropäischen Markt einzugliedern.

Währung, Geld- und Kapitalmarkt

Dazu statistische Übersichten S. 567—568

Obwohl der Notenumlauf im September um 14 Mill. S zurückging, erhöhte sich das zirkulierende Geldvolumen (Notenumlauf plus freie Giroverbindlichkeiten der Nationalbank plus Scheckeinlagen minus Zwischenbankeinlagen) um 422 Mill. S — das ist der größte Zuwachs seit Jahresbeginn —, da die freien Nationalbankguthaben öffentlicher Stellen um 352 Mill. S¹⁾ und die Scheckeinlagen bei den Kreditinstituten um 85 Mill. S stiegen. Die gegenüber den Vormonaten (Juli +190 Mill. S, August +247 Mill. S) geringere Zunahme der Scheckeinlagen läßt sich vorwiegend damit erklären, daß öffentliche Stellen größere Beträge von Scheck- auf Sparkonten übertragen haben. Außerdem dürfte die durch die Angstkäufe der letzten Monate bedingte Umschichtung von Banknoten zu Scheckeinlagen abgeschlossen sein. Bis Weihnachten ist eher mit einer umgekehrten Entwicklung — mit stärkerem Steigen des Notenumlaufes als der Scheckeinlagen — zu rechnen, da die Lohn- und Gehaltserhöhungen des vierten Preis-Lohn-Abkommens sowie Weihnachtsremuneration und das 13. Monatsgehalt die Unternehmer mit erhöhten Barauslagen belasten.

Im Oktober wurden weitere Beträge (hauptsächlich Teile der 1'2 Mrd. S Freigabe vom 1. September 1950) vom ERP-Counterpart-Konto abgebucht. 170

¹⁾ Hauptsächlich infolge Übertragung von 295 Mill. S ERP-Erlösen von gesperrten auf freie Nationalbank-Giroguthaben öffentlicher Stellen.

Mill. S (für Investitionen im Rahmen des Bundesinvestitionsprogrammes sowie der Sonderfonds) wurden auf die freien Girokonten öffentlicher Stellen bei der Nationalbank übertragen, 53 Mill. S (für Industrieinvestitionen) wurden von der Post „Forderung an den Bundesschatz“ im Nationalbankausweis abgebucht gegen Verpflichtung der Bank, in gleicher Höhe „Aufbauwechsel“ zu finanzieren.

Abbuchungen vom ERP-Counterpart-Konto im September und Oktober 1950¹⁾

	In Mill. S	
	September	Oktober
Bundesinvestitionsprogramm.....	227	—
Industrieinvestitionen.....	593	53
Sonder-Wiederaufbauprogramme.....	140 ²⁾	170 ³⁾
Sonstiges.....	28	—
Insgesamt... ..	988	223

¹⁾ Sämtliche Abbuchungen mit Ausnahme von 100 Mill. S für den allgemeinen Wohnbau erfolgten auf Grund der Freigabe von 1'2 Mrd. S vom September 1950. — ²⁾ Davon 75 Mill. S für den Wohnbau. — ³⁾ Davon 25 Mill. S für den Wohnbau.

Auf das ERP-Konto dürften im Oktober relativ hohe Beträge eingezahlt worden sein, da die gesperrten Verbindlichkeiten der Nationalbank an öffentliche Stellen um 44 Mill. S zugenommen haben, obwohl 223 Mill. S aus dem ERP-Konto abgezogen wurden. Die freien Girokonten öffentlicher Stellen sind infolge stärkerer Abhebungen um 182 Mill. S gesunken.

Die Kreditinstitute haben im Oktober die Nationalbank per Saldo nicht beansprucht. Wohl legten sie 134 Mill. S Aufbauwechsel zur Refinanzierung vor, lösten aber für 78 Mill. S Handelswechsel, 77 Mill. S Besatzungskostenschatzscheine und 10 Mill. S § 27

WSchG-Schatzscheine aus dem Portefeuille der Notenbank zurück.

Der Devisenbestand der Österreichischen Nationalbank hat sich im Oktober um weitere 23 Mill. S erhöht. Die Zunahme seit Jahresbeginn beträgt damit 235 Mill. S. Zusammen mit den aus dem Ausweis ausgeschiedenen Gewinnen aus der Neubewertung der Gold- und Devisenbestände dürfte der gesamte Devisenbestand der Nationalbank gegenwärtig etwa 610 Mill. S betragen. Der Teilmünzbestand sank um 2 Mill. S. Als Folge aller dieser Transaktionen ist der *Notenumlauf* im Oktober um 60 Mill. S (auf 5.923 Mill. S) gestiegen.

Die *Einlagen bei den Kreditinstituten* haben im September um 134 Mill. S (von 9.019 auf 9.153 Mill. S) zugenommen. Von der Zunahme entfielen 85 Mill. S auf Scheckkonten und 49 Mill. S auf Sparkonten. Der Spareinlagenzuwachs ist vorwiegend darauf zurückzuführen, daß öffentliche Stellen größere Beträge von Scheck- auf Sparkonten übertragen haben. Die Spareinlagen Privater bei Kreditinstituten dürften infolge von Angstkäufen vor dem vierten Preis-Lohn-Abkommen zurückgegangen sein.

Auf dem *Aktienmarkt* hat die Aufwärtsbewegung der Kurse im Oktober/November aufgehört; der Kursindex von 36 Industrieaktien sank von Mitte Oktober bis Mitte November sogar etwas (um 2,1%; von 254,6 auf 249,2; März 1938 = 100). Die Kurse der im Index *festverzinslicher Werte* erfaßten Papiere blieben unverändert, ebenso der Kurs der Aufbauanleihe und der Bundesschuldverschreibungen 1947.

Löhne, Preise, Lebenshaltungskosten

Dazu statistische Übersichten S. 569–571

Die Löhne haben sich nach den generellen Erhöhungen des vierten Preis-Lohn-Abkommens stabilisiert. Nur in einigen Branchen wurden weitere Forderungen – oft unter dem Titel „Nachziehung“ – gestellt und vielfach auch erreicht. So erhielten die Forstarbeiter nach einem längeren Streik eine Tariflohnerhöhung um durchschnittlich 30%. Zusammen mit der Steigerung dank dem vierten Preis-Lohn-Abkommen beträgt die Stundenlohnerhöhung eines Forst-Facharbeiters etwa 40%. Der Akkordzuschlag wurde allerdings auf 25% (bisher 30%) gekürzt.

Auch die land- und forstwirtschaftlichen Angestellten konnten eine Gehaltsnachziehung um 20% (ab 1. September rückwirkend) durchsetzen. Im Rahmen des vierten Preis-Lohn-Abkommens erhielten sie¹⁾ die gleichen Gehaltserhöhungen wie die An-

¹⁾ Die ständigen Arbeiter in der Landwirtschaft haben im Rahmen des vierten Preis-Lohn-Abkommens eine monatliche

gestellten in der gewerblichen Wirtschaft, abzüglich 40 S für Wohnung, Beheizung, Beleuchtung usw.

Weitere Lohnerhöhungen gab es im Kohlen- und Eisenerzbergbau (durchschnittlich 3%) und in der Vorarlberger Textilindustrie. In der Filmbranche wurden erstmalig Mindestgagensätze festgesetzt.

Der Index der *Nettotariflöhne* wurde dadurch nicht berührt, da er nur die Löhne der gewerblichen Wirtschaft in Wien zur Grundlage hat.

Die vom Index erfaßten Arbeiterlöhne blieben in der Berichtsperiode mit 514,3 (Mitte November, April 1945 = 100) unverändert; einige kleinere rückwirkende Korrekturen ergaben sich dadurch, daß erst jetzt die statistischen Daten für bereits vor dem Preis-Lohn-Abkommen erfolgte Lohnerhöhungen in der Brauindustrie vorliegen.

Die *Preisentwicklung* auf den verschiedenen Märkten war in der Berichtsperiode zwar uneinheitlich, ließ aber doch das Preisniveau weiter steigen. Insbesondere die importierten Rohstoffe wurden teurer. Ein größerer Teil der Fertigwarenpreise blieb noch unverändert, teils weil die Produktion alte Vorräte verbrauchte, teils weil die Nachfrage in den betreffenden Branchen vorerst noch keine Preiserhöhung zuließ²⁾. Andere Fertigwarenpreise sind gestiegen, weil die erhöhten Kosten nicht mehr aus den Unternehmerngewinnen getragen werden konnten und die Nachfrageentwicklung Preiserhöhungen billigte. Es stiegen besonders die Preise jener Produkte, auf deren Märkten nur unvollkommene Konkurrenz herrschte. Saisonbedingt ergaben sich sowohl Preisrückgänge als auch Preiserhöhungen.

Der *Großhandelspreisindex* des Statistischen Zentralamtes ist von Mitte Oktober bis Mitte November nur geringfügig gestiegen (von 582 auf 583; März 1938 = 100). Der Teilindex für Nahrungs- und Genussmittel ist sogar etwas gesunken, weil die Preisrückgänge bei Kartoffeln, Schweinefleisch, Wein, Flachs und Hanf die Preiserhöhungen für Hafer und die anderen Fleischsorten überkompensiert haben. Die Erhöhung der Weltmarktpreise ließ den Index der Industrierohstoffe um 2,4% steigen; vor allem wurden Wolle, Leder, Kautschuk, Holz, Zinn, Zink und Koks teurer.

Auch der *Lebenshaltungskostenindex* (nach einem friedensmäßigen Verbrauchsschema für eine vierköpfige Arbeiterfamilie in Wien) ist von Mitte

Zulage von 80 S, die Saisonarbeiter eine einmalige Zulage von 100 S pro Saison erhalten.

²⁾ Auch eine aus politischen Erwägungen geübte Zurückhaltung hat vielfach dazu beigetragen, daß viele Warenpreise noch unverändert blieben.

Oktober bis Mitte November um 1'9% (von 551'3 auf 561'7; April 1945 = 100) gestiegen; die Erhöhung des Index gegenüber September (d. h. gegenüber der Zeit unmittelbar vor dem vierten Preis-Lohn-Abkommen) betrug 8'7%. Saisonbedingt sind die Preise von Eiern (+ 8'3%), Gemüse (Spinat + 92'3%) und Äpfeln (+ 7'1%) gestiegen. Speckfilz und Schweinefleisch wurden geringfügig, die Preise einiger Hülsenfrüchtesorten dagegen sehr fühlbar teurer (durchschnittlich um 43'6%)¹⁾.

Außerdem wurden Seife (Kernseife um 14'3%), einige Haushaltgegenstände aus Holz, Kinovorstellungen (billige Sitze um durchschnittlich 16'7%) teurer; der Mietaufwand stieg infolge der Erhöhung des Reinigungsgeldes der Hausbesorger um 5'5%. Die Preiserhöhung für Ersatzkaffee (Malzkaffee) um durchschnittlich 36% wurde im Index noch nicht berücksichtigt, da sie erst nach dem Stichtag (Monatsmitte) durchgeführt wurde und Lagerbestände noch zu alten Preisen verkauft werden. Die Preise von Reis, Wein, Rindfleisch, Kalbfleisch, Extrawurst, Marmelade und Kartoffeln gingen zurück.

Vorwiegend spekulative Momente (Geldentwertung in Erwartung steigender Preise) und Saisonfaktoren erhöhten den Index der Versteigerungspreise des Wiener Dorotheums von Mitte Oktober bis Mitte November um 9'6%. Die schwarzen Devisenkurse waren Ende Oktober gleich hoch wie Ende September (480; März 1938 = 100).

Bis Jahresende ist mit weiteren Preisauftriebstendenzen zu rechnen. Von der Kostenseite her wirkt außer den erhöhten Löhnen insbesondere die Erschöpfung der Lagerbestände an billig eingekauften Roh- und Hilfsstoffen. Gleichzeitig wird sich die effektive Nachfrage nach Konsumgütern vor allem durch die relativ sehr hohen Dezembereinkommen der Unselbständigen (13. und 14. Monatsgehälter, Weihnachtsremuneration) erhöhen. Die vorgesehene 650 Mill. S-Freigabe aus dem ERP-Counterpart-Fund muß ebenso wie ein anhaltender Exportüberschuß²⁾ und das Winterbeschäftigungsprogramm, soweit es aus Kassenbeständen des Bundes und nicht aus laufenden Einnahmen finanziert wird, die effektive Nachfrage weiter verstärken. Hiezu könnten psychologische Preisauftriebsfaktoren kommen, vor

¹⁾ Es handelt sich um eine Erhöhung der Preise für alte Ware, die laut Marktamsbericht noch erhältlich ist. Hülsenfrüchte aus neuer Anlieferung sind noch viel teurer; die höheren Preise werden sich bei Erschöpfung der alten Lagerbestände auch auf die Lebenshaltungskosten auswirken.

²⁾ Die inflationistische Wirkung der Exportüberschüsse wurde bisher durch Abbau der Lager weitgehend kompensiert. Bei Aufhören der Vorräte und bei Rückgang der Importe wirkt der Exportüberschuß voll preisstärkend.

allem durch Ankündigungen von oder Forderungen nach neuen Preis- oder Lohnerhöhungen. So spricht man von einer Erhöhung der Preise für Salz, Bier, Frachten (Aufhebung der Ausnahmetarife der Bundesbahnen), Milch und Getreide und von Lohnforderungen der Schuharbeiter.

Ernährung

Dazu statistische Übersichten S 572

Die Nachfrage der Konsumenten nach Nahrungsmitteln hat im Oktober stark nachgelassen, da vielfach die in den Vormonaten angelegten Vorräte wieder verbraucht wurden. Besonders Mehl, Teigwaren und sonstige Getreideprodukte³⁾, aber auch andere Lebensmittel wurden weniger gekauft, so daß die Tendenz zu Preissteigerungen abgeschwächt wurde.

Obwohl der Viehauftrieb aus dem Inland zurückging, war das erfaßte *Fleisch*angebot auf den Wiener Märkten im Oktober dank den Ende des Monats großen Zufuhren von ausländischen Schweinen (insbesondere aus Ungarn, Jugoslawien und CSR.) im Wochendurchschnitt um 4% höher als im September. Da auch die Nachfrage nachgelassen hatte, sanken die Verbraucherpreise für Rind- und Kalbfleisch Ende Oktober geringfügig (um 50 Groschen bis 1 Schilling je kg) unter die als Stoppreise geltenden Notierungen der dritten Septemberwoche.

Die Belieferung der Wiener Märkte mit *Obst*, *Gemüse* und *Kartoffeln* war auch im Oktober trotz den zeitweise ungünstigen Wetterverhältnissen relativ gut. Die Zufuhren von Obst waren im Wochendurchschnitt um 11%, die von Kartoffeln um 46% höher als im Vormonat; nur das Gemüseangebot nahm um 5% ab, obwohl die Einfuhren stark stiegen. Im Vergleich zum Oktober des Vorjahres waren die Obstzufuhren um 25% höher, die Anlieferungen von Gemüse und Kartoffeln dagegen um 4% und 23% geringer. Daher waren auch die Preise von Kartoffeln und Gemüse Ende Oktober meist höher, die von Obst (insbesondere Äpfel) niedriger als im Vorjahr.

Die Versorgung mit *Zucker* hat sich in letzter Zeit beachtlich gebessert. Ende August mußte die zuckerverarbeitende Industrie wegen verzögerter ERP-Lieferungen aus einem für sie bestimmten Import über 6.000 t Zucker zur Deckung der Rationen leihen. Dadurch drohte in der Rohstoffversorgung der verarbeitenden Industrie ein Engpaß; er konnte durch die sofortige Freigabe von 1.000 t Zucker zunächst wenigstens abgeschwächt werden. Erst die

³⁾ Der Absatz der Wiener Brotfabriken an Weißbäck ist nach dem Anstieg im September (Vorratsbildung für Brösel und Knödelbrot) im Oktober um rund ein Drittel gesunken.

Lieferung von 30.000 t ERP-Rohzucker sowie die zusätzlich erteilten und teilweise sofort ausgenützten Importgenehmigungen für Konsumzucker¹⁾ haben die Versorgungslage wieder entspannt. Derzeit ist die Deckung der Rationen und die Versorgung der zuckerverarbeitenden Industrie sichergestellt. Da die Preise der jüngsten Importe über dem amtlichen Höchstpreis liegen, erhielten die Importeure im Oktober erstmals die behördliche Genehmigung, die überschüssigen Mengen frei, jedoch unter Einhaltung der vorgeschriebenen Spannen²⁾, zu verkaufen. Dadurch wurde erstmalig die Bewirtschaftung von Zucker offiziell durchbrochen. Der freie Verbraucherpreis, der je nach Importpreis in Wien zwischen S 7'50 und S 8'— je kg liegt, ist zwar um 35% bis 44% höher als der amtliche Höchstpreis, jedoch um über 1 S je kg niedriger als der Schwarzmarktpreis von Ende Oktober, der gegenüber den Vormonaten stark gesunken war³⁾.

Wenig befriedigend war zuletzt die Versorgung mit Speiseöl. Öl aus ERP-Einfuhren wird verbilligt abgegeben und ist weiterhin vom Erzeuger bis zum Verbraucher bewirtschaftet und preisregelt⁴⁾. Da seit Mitte des Jahres keine Fettrohstoffe aus dem ERP geliefert wurden⁵⁾, die vorhandenen Vorräte jedoch aufgebraucht sind, wurde seit der 71. Zuteilungsperiode (11. September bis 8. Oktober 1950) kein Speiseöl aufgerufen. Das im Wege von Kompensationen und sonstigen Geschäften eingeführte oder aus kommerziellen Rohstoffimporten erzeugte Speiseöl⁶⁾ wurde in letzter Zeit um mehr als 22 S je kg frei verkauft. Diese gegenüber dem amtlichen Höchstpreis (8 S je kg) nahezu dreimal so hohen Preise

¹⁾ Im September wurden außer 9.300 t Rohzucker aus dem ERP, 5.000 t Konsumzucker kommerziell eingeführt. Demgegenüber wurden im Juli insgesamt nur 1.400 t, im August 7.600 t Zucker importiert.

²⁾ Im Zusammenhang mit dem letzten Preis-Lohn-Abkommen wurde für importierten Zucker in Wien die Großhandelsspanne mit 5%, die Kleinhandelsspanne mit 9'5% vom jeweiligen Einstandspreis festgesetzt. (In den Bundesländern betragen die Spannen 6% und 8'5%).

³⁾ Zucker kostete auf dem schwarzen Markt in Wien im September bis 15 S je kg; der Preis sank Ende Oktober bis auf 9 S je kg.

⁴⁾ Demgegenüber ist Margarine und Speisefett nur von der Erzeugung bis zum Handel bewirtschaftet. Die Abgabe an den Verbraucher erfolgt markenfremd zum amtlichen Höchstpreis.

⁵⁾ Aus der direkten ERP-Hilfe wurden im Jahre 1949 über 29.000 t Öle und Fettrohstoffe geliefert, im ersten Halbjahr 1950 rund 27.000 t, von Juli bis September dagegen nur 683 t.

⁶⁾ Vom Juli bis September wurden u. a. aus Italien rund 1.000 q Öl (insbesondere Olivenöl) eingeführt, im ersten Halbjahr 1950 2.300 q.

sind vor allem darauf zurückzuführen, daß die kommerziellen Importe nicht subventioniert werden, was sich bei den erhöhten Weltmarktpreisen besonders stark auswirkt. Teilweise beruht dieser Preisanstieg auch auf einer Qualitätsverbesserung.

Die hohen Preise für Speiseöl dürften die Lebenshaltungskosten kaum beeinflusst haben, da die Nachfrage nach Öl nur in den Sommermonaten (Salatzeit) größer und unelastisch ist. Sonst kann Speiseöl für Koch- und Backzwecke meist durch anderes Fett (insbesondere Margarine, Speisefett) ersetzt werden. Die Versorgung mit Margarine ist dank den Vorräten an Fertigprodukten und an ERP-Rohstoffen auch weiterhin noch zu den bisherigen Preisen möglich.

Ein Importplan sieht die Einfuhr größerer Mengen Fettrohstoffe u. a. aus den USA, England, Norwegen, Belgien, Indien vor, die, abgesehen von direkten ERP-Lieferungen, vorwiegend mit Hilfe der "Initial Position" finanziert werden soll. Falls dieser Plan durchgeführt wird — er dürfte allerdings noch auf Schwierigkeiten stoßen — und die Rohstoffpreise weiterhin gestützt werden, könnte sich die Versorgung mit Speiseöl entscheidend bessern.

Nach der Besserung im August ist die Marktleistung von Milch im September wieder geringfügig gesunken (im Tagesdurchschnitt um 0'3%), war jedoch noch immer um 14% höher als im September 1949. Die schon im letzten Monatsbericht angedeuteten Verschiebungen in der Milchverwendung hielten auch im September an. Während der Trinkmilchabsatz gegenüber dem Vormonat annähernd gleich blieb und die Käseerzeugung um 16% sank, erhöhte sich die Butterproduktion um 4%.

Der überraschende Einbruch des Winterwetters im Oktober hat nach vorläufigen Meldungen die Milchlieferung so stark vermindert, daß vielleicht das Milchkontingent für 1950 von 900.000 t nicht ganz erfüllt werden wird. (Bis September wurde das für 9 Monate errechnete Kontingent zu 99% erfüllt.)

Der Fleischversorgungsplan 1950/51

Das Viehverkehrsgesetz, das am 1. September 1950 in Kraft getreten ist, sieht die Aufstellung von Fleischimportplänen für jeweils ein Jahr vor. Nach schwierigen Verhandlungen zwischen den beteiligten Interessentengruppen wurde kürzlich der Importplan für 1950/51 beschlossen.

Der Bedarf der Nichtselbstversorger wurde auf Grund einer Kopfquote von 36 kg jährlich (75% des Vorkriegsverbrauchs) auf 193.000 t veranschlagt. Da

die Landwirtschaft mit einer Marktproduktion von 171.000 t rechnet, wurde der Importbedarf auf 22.000 t Fleisch¹⁾, und zwar 17.000 t Schweine- und 5.000 t Rindfleisch festgelegt, d. s. etwa 206.000 Schweine und 22.000 Rinder. Der Importplan sieht außerdem die Einfuhr von 7.800 Kälbern und 1.700 Pferden vor, falls Importe von Rindern und Schweinen ausfallen sollten. Sie wurden daher in die Umrechnung auf Fleisch nicht einbezogen. Schweine sollen aus Polen, Ungarn, Jugoslawien, Tschechoslowakei, Rumänien und Bulgarien bezogen werden, Rinder aus Ungarn, Rumänien, Jugoslawien und Bulgarien.

Der Fleischverbrauch der Nichtselbstversorger würde dann fast 80 % des Vorkriegsstandes betragen. Infolge des Bevölkerungszuwachses (um 5 %) wird der Verbrauch je Kopf allerdings erst 75 % des Friedensstandes²⁾ erreichen. Da die Marktproduktion der Landwirtschaft schon 88 %, die Einfuhr erst 43 % des Vorkriegsstandes erreichen soll, wird sich der inländische Anteil an der Bedarfsdeckung erhöhen. Wurden vor dem Kriege 79,1 % des Verbrauches der Nichtselbstversorger aus der Inlandsproduktion gedeckt, so werden es im Jahre 1950/51 88,6 % sein.

Fleischverbrauch der Nichtselbstversorger und seine Deckung

	1937 ³⁾	1949 ³⁾	1950/51 ³⁾	1950/51 in % von 1937
Verbrauch insgesamt	244,4	95,9	193,0 ³⁾	79,0
davon Inlandsproduktion ..	193,4	80,7	171,0	88,4
Einfuhr	51,0	15,2	22,0	43,1
davon				
kommerziell	51,0	10,1	22,0	43,1
Hilfslieferungen ..	—	5,1	—	—

³⁾ Schätzung. — ²⁾ Plan. — ¹⁾ Bedarf.

Zweifelloos wird die Durchführung des Fleischversorgungplanes auch das bisherige Konsumniveau erhöhen. (Berechnungen für Wien auf Grund der Zufuhren ergaben, daß der Fleischverbrauch je Kopf der Bevölkerung im dritten Quartal 1950 etwa 70 % von 1937 betrug). Ganz erheblich ist jedoch der Fortschritt gegenüber 1949³⁾: die Marktproduktion der Landwirtschaft wird mehr als verdoppelt und die Einfuhren um 45 % erhöht⁴⁾. Der Verbrauch würde dann etwa doppelt so hoch wie 1949 sein.

¹⁾ Dieser „Importbedarf“ stellt einen Kompromiß zwischen den Forderungen der Konsumentenvertreter (30.000 t), der Fleischhauer (40.000 t) und der Landwirtschaft (15.000 t) dar.

²⁾ Im Durchschnitt der Jahre 1934 bis 1938 wurden je Kopf der Bevölkerung 48,7 kg Fleisch (einschließlich Geflügel-, Wild-, Pferde- und Schaffleisch) verbraucht.

³⁾ Entsprechende Berechnungen für das Wirtschaftsjahr 1949/50 liegen nicht vor.

⁴⁾ Auch gegenüber dem ersten Halbjahr 1950 mit einer Einfuhr von nur 8.000 t Fleisch (einschließlich Schlachtvieh auf Fleisch umgerechnet) werden die Einfuhren höher sein.

Da die vorgesehene Marktproduktion bei dem derzeitigen Viehbestand und den knappen Futtermitteln voraussichtlich weitgehend erreicht wird⁵⁾, hängt die Realisierung des Versorgungsplanes vor allem davon ab, ob es möglich sein wird, die Einfuhren entsprechend zu steigern. Das ist nicht nur eine Frage unserer Gegenleistungen⁶⁾, sondern vor allem auch der Lieferfähigkeit der Bezugsländer. In den bisher für 1950/51 mit den Ost- und Südoststaaten vereinbarten Warenlisten sind zwar allgemein höhere Importe als im Vorjahr vorgesehen⁷⁾; aber trotzdem ist durch die Verträge mit Ungarn, Bulgarien, Polen und Rumänien erst knapp die Hälfte (11.000 bis 12.000 t) der erforderlichen Einfuhr gesichert⁸⁾. Allerdings sind die neuen Warenlisten mit Jugoslawien und der Tschechoslowakei noch nicht vereinbart; sie sollen ebenfalls größere Vieheinfuhren vorsehen. Außerdem besteht bei allen diesen Verträgen die Möglichkeit, entsprechend der Lieferfähigkeit der Partner zusätzliche Kontingente zu vereinbaren oder Substitutionen vorzunehmen. Dennoch dürfte die Durchführung des Importplanes noch auf Schwierigkeiten stoßen, zumal da Jugoslawien infolge des derzeit dort bestehenden Nahrungsmittelmangels kaum in der Lage sein wird, Vieh in größerem Umfang zu exportieren⁹⁾. (Der Importplan hat ur-

⁵⁾ Eine Marktproduktion von 171.000 t setzt bei einem Selbstverbrauch der Landwirtschaft von etwa 75.000 t Fleisch eine Gesamtproduktion von 240.000 bis 250.000 t voraus. Das Long-Term-Programm der österreichischen Landwirtschaft schätzt für 1950/51, allerdings bei einem viel niedrigeren Viehbestand, die Fleischproduktion (ohne Schmalz und Talg) auf 186.000 t, für 1951/52 bei einem Viehstand, der immer noch nicht dem derzeitigen entspricht, auf 220.000 t.

⁶⁾ Importe von Vieh und Fleisch werden derzeit ausschließlich im Clearing durchgeführt.

⁷⁾ Die mit Ungarn vereinbarte Warenliste (gültig vom 1. September 1950 bis 31. August 1951) sieht die Einfuhr von 48.000 Schweinen (im Vorjahr 31.200 Stück) und Rindern im Werte von 1,75 Mill. Dollar (auf Grund der derzeitigen Preise etwa 12.000 Stück) vor. (Im Vorjahr betrug das Rinderkontingent 2,5 Mill. Dollar.) Polen soll in der Zeit vom 1. August 1950 bis 31. Juli 1951 10.000 Schweine liefern (im Vorjahr kein Kontingent). Mit Bulgarien wurde für die Zeit vom 1. Juli 1950 bis 30. Juni 1951 die Einfuhr von Rindern und Schweinen im Werte von je 150.000 Dollar (auf Grund der derzeitigen Preise etwa 3.000 Schweine und 1.000 Rinder) vereinbart. (Im Vorjahr kein Kontingent.) Rumänien wird von April 1950 bis April 1951 Rinder im Werte von 1 Mill. Dollar (etwa 7.000 Stück) und Schweine im Werte von 1,1 Mill. Dollar (etwa 20.000 Stück) liefern. (Im Vorjahr kein Vertrag, jedoch Einfuhren von Rindern im Kompensationswege.)

⁸⁾ Bei dieser Berechnung wurde angenommen, daß, sofern die Verträge vor dem Wirtschaftsjahr ablaufen, die Einfuhrkontingente im folgenden Jahr gleich hoch festgelegt werden.

⁹⁾ Kürzlich wurde in Jugoslawien u. a. ein Ausfuhrverbot für Fleisch verfügt.

sprünglich mit der Einfuhr von 55.000 Schweinen und 2.400 Rindern aus Jugoslawien gerechnet.)

Der preisdrückende Einfluß der erhöhten Fleischeinfuhr darf nicht überschätzt werden¹⁾. Die Preise für Importvieh liegen nur geringfügig unter dem inländischen Preisniveau, wobei auch diese Differenzen vielfach auf Qualitätsunterschiede beruhen. Eine bessere Ausnützung der Kapazität der verarbeitenden Betriebe infolge steigender Anlieferungen würde die Verbraucherpreise aber auch auf Kosten der Verarbeitungsspannen etwas ermäßigen. Auf jeden Fall werden höhere Importe ein Steigen der Preise zunächst verhindern.

Preise für in- und ausländisches Schlachtvieh und Fleisch in Wien¹⁾

Art und Qualität	Inländische Ware		Ausländische
	Notierung in S je 100 kg		
Ochsen, Extrem ²⁾	750—	780	680— 740 ³⁾
Ochsen, A ²⁾	680—	740	630— 675 ³⁾
Ochsen, B ⁴⁾	580—	630	580 ⁵⁾
Ochsen, C ⁴⁾	500—	575	500— 550 ⁵⁾
Schweinehälften, frisch ²⁾	1.330—1.550 ²⁾		1.350—1.400 ³⁾ ⁶⁾
	1.300—1.450 ⁴⁾		1.330—1.400 ⁴⁾ ⁶⁾

¹⁾ Notierungen auf dem Zentralviehmarkt bzw. in der Großmarkthalle. — ²⁾ Notierung für die Woche vom 9. X. bis 15. X. 1950. — ³⁾ Rumänische. — ⁴⁾ Notierung für die Woche vom 6. XI. bis 12. XI. 1950. — ⁵⁾ Jugoslawische. — ⁶⁾ Jugoslawische und ungarische. — ⁷⁾ Abgezogen mit Knochen.

Land- und Forstwirtschaft

Dazu statistische Übersichten S. 572

Anhaltende Regenfälle im Oktober begünstigten das Wachstum der Hackfrüchte, besonders der Rüben, außerordentlich. Der Mangel an landwirtschaftlichen Arbeitskräften — die Zahl der krankenversicherten Landarbeiter war im Oktober 1950 sogar um 14.427 oder 6% niedriger als im gleichen Monat des Vorjahres und um 73.465 oder 25% kleiner als 1937 — wurde jedoch durch den witterungsbedingten Ausfall an Arbeitstagen besonders fühlbar, da sich dadurch die Erntearbeiten und Transporte von den Feldern sowie die Ackerungen stark verzögerten. Dazu kam, daß die Rübenerntemaschinen (Köpfschlitten) infolge zu großer Bodenfeuchtigkeit vielfach nicht eingesetzt werden konnten²⁾. Zwar wird man die Kartoffel-

¹⁾ Die Vertreter der Konsumenten und des Gewerbes haben die Notwendigkeit erhöhter Fleischeinfuhren damit begründet, daß sie das Angebot verbilligen helfen.

²⁾ Die Güte der Maschinenarbeit befriedigte nicht. Nach der maschinellen Entfernung der „Köpfe“ war es kaum noch möglich, die Rüben von der fest anhaftenden Erde zu säubern. So kam es, daß man den Fabriken Rübenpartien mit 30% und mehr Erdbesatz lieferte. „Köpfe“ man die Rüben hingegen von Hand aus erst nach dem „Ausziehen“ oder Ausackern, so konnte durch „Gegeneinanderschlagen“ der Rüben noch ein großer Teil der Erde entfernt werden. Ein Beispiel mehr dafür, daß besonders die Mechanisierung der Landarbeit nicht leicht zu lösende Probleme stellt.

und Zuckerrübenenernte in den ersten Dezemberwochen beenden können, das Pflügen aller Äcker vor Winterbeginn wird jedoch nur dann möglich sein, wenn der Monat Dezember im östlichen Österreich schneefrei und frostfrei bleibt.

Die Zuckerrübenenernte war heuer sehr gut, wenn sie auch noch nicht annähernd an das Vorkriegsniveau heranreichte. In Gebieten mit guten Böden waren Hektarerträge von 350 bis 400 q nicht selten. Der durchschnittliche Ertrag dürfte allerdings nur 260 bis 270 q betragen, da die Ernten in Gebieten mit Sand- und Schotterböden weniger befriedigten; trotzdem wird er nicht nur den Vorjahresertrag (182 q) erheblich übertreffen, sondern auch über dem langjährigen Vorkriegswert (252 q) liegen. Da man voraussichtlich die Ernte von 28.000 ha (gegen 26.000 ha im Jahre 1949 und 37.000 ha im Durchschnitt 1926/35) Zuckerrüben an die Fabriken liefern wird, dürfte der Gesamtertrag 730.000 t³⁾ erreichen gegen 480.000 t im Jahre 1949 und 922.000 t im Durchschnitt 1926/35.

Da die Zuckerausbeute nur 12% beträgt (gegen 13% normal), ist eine Produktion von 87.600 t Weißzucker zu erwarten gegen 62.000 t im Vorjahr und 120.000 t im Durchschnitt der Jahre 1926/35. Einschließlich der aus einer Lohnverarbeitung von Rüben aus Bayern⁴⁾ anfallenden Zucker-Lohnquote (4.800 t) wäre daher der Konsumbedarf (120.000 t) zu 77%, der Gesamtbedarf (160.000 t) zu 58% gedeckt.

Infolge der guten Rübenenernte 1950, des relativ günstigen Zuckerrübenpreises (S 28— je q) und der steigenden Produktion von Stalldünger ist zu erwarten, daß der Zuckerrübenanbau im Jahre 1951 zunimmt. Da die Saisonarbeiter höher entlohnt werden als die übrigen Arbeitskräfte in der Landwirtschaft, dürfte im nächsten Jahr der Mangel an Rübenfacharbeitern nicht mehr so stark fühlbar sein wie bisher. Schon heuer zeigte sich ein größeres Interesse für die Rübenarbeit.

Die Marktbelieferung mit Weizen und Roggen wurde zwar erhoben, vollständige Ergebnisse liegen jedoch noch nicht vor. Dagegen wurde von einem Plan berichtet, von dem man sich eine Steigerung des Angebotes erhofft, ohne daß die Verbraucher-

³⁾ Diese Schätzung ist roh, da bis Ende November erst 90% der Rüben in den Fabriken angeliefert waren.

⁴⁾ Da die Rübenenernte heuer die Verarbeitungskapazität der Zuckerfabriken überstieg, war es wirtschaftlich, die Rüben im Osten Österreichs verarbeiten zu lassen. Die aus der Lohnverarbeitung anfallenden Trockenschnitzel, deren Futterwert kaum an die Kleie heranreicht, werden trotz großem Mangel an Futtermitteln in Europa infolge besonders billiger Schiffsfrachten (Leerfrachten) nach Amerika exportiert.

preise für Getreideprodukte erhöht werden müßten. Da die Höhe der Marktleistung von den Preisen für Weizen und Roggen und von dem Grad der Versorgung mit Futtermitteln abhängt, deren Preise in bestimmten Relationen zu den Preisen des Brotgetreides stehen sollen, dürfte entweder an Preiszulagen für Weizen und Roggen, oder an höhere Importe von Futtermitteln und deren Abgabe zu verbilligten Preisen, oder an beides zugleich gedacht werden. Da in allen Fällen namhafte Stützungsbeiträge¹⁾ erforderlich sind, wird es sehr schwierig sein, die Pläne zu verwirklichen. Die Ankündigungen derartiger Maßnahmen kann aber dazu führen, daß mit den Verkäufen von Roggen und Weizen zugewartet wird bis konkrete Beschlüsse vorliegen.

Um das knappe Getreide für die menschliche Ernährung besser auszunützen, wurde der Ausmahlungssatz für Roggen kürzlich wieder von 75 % auf 80 % erhöht. Außerdem werden je nach Bedarf Sondervermahlungen von Weizen auf Brotmehl (als Roggensersatz) genehmigt, wobei statt 62 % Klochmehl nur 27 %, statt 13 % Brot- und 6 % Futtermehl jedoch 54 % Brotmehl gewonnen werden. Da Brotmehl auf Kosten von Weizenklochmehl und Grieß künstlich verbilligt wird, müssen bei diesen Vermahlungen erhöhte Zuschüsse aus den Eingängen der Weizenausgleichsabgabe²⁾ geleistet werden.

Obwohl ein niedriger Brotpreis offensichtliche Vorteile hat, dürfen doch auch die damit verbun-

¹⁾ Der Brotgetreide- und Futtermittel-Einfuhrplan sieht kommerzielle Importe von 260.000 t Brotgetreide und 264.500 t Futtergetreide für die Dauer eines Jahres vor. Um diese Waren zu den Inlandspreisen bzw. zu den für ERP-Futtermittel festgesetzten Preisen abzugeben, wären Stützungsbeiträge von 500 Mill. S notwendig (bis jetzt sind nur 200 Mill. S vorgesehen). Prämien zu den Erzeugerpreisen für Brotgetreide würden diesen Aufwand noch beträchtlich erhöhen, besonders wenn sie für alle aus der heurigen Ernte getätigten Verkäufe würden. (Eine Prämie allein für künftige Lieferungen würde die lieferwilligen Bauern bestrafen und wäre in höchstem Maße bedenklich.) Die Bezahlung dieser Mittel aus einem Fonds, der — wie die Tagespresse berichtete — aus Beiträgen für Importdünger- und Futtermittel gespeist wird, würde zwar die verzerrten Preisrelationen zwischen den Getreidearten teilweise normalisieren; die Verteuerung der Düngemittel könnte jedoch infolge der Preisabhängigkeit des Düngerverbrauches dazu führen, daß man die Düngung einschränkt und die Produktion extensiviert.

²⁾ In Österreich wird bei Getreide eine Preis-Abschöpf-, Misch- und Ausgleichspolitik betrieben. So muß für den in der Handelsmüllerei normal vermahlenden Weizen eine Abgabe von S 18'60 je 100 kg geleistet werden, während für Roggen ein Zuschuß von S 47'83 gegeben wird; Mühlen, die Brotgetreide direkt vom Produzenten kaufen und selbst vermahlen, haben außerdem eine Einkaufsabgabe von S 2'20 je 100 kg zu entrichten. Daneben gibt es fallweise noch Transportkostenausgleichsbeiträge und Transportkostenzuschüsse.

denen Schwierigkeiten nicht übersehen werden. Bei Knappheit an Futtermitteln und relativ hohen Fleischpreisen ist der Anreiz zur Verfütterung von billigem Brotgetreide und Brotmehl außerordentlich groß. Der Umstand, daß sich die Zahl der Schweinebesitzer in Österreich von 452.000 in den Jahren 1947 bis 1949 (September) auf 475.000 im Jahre 1950 erhöht hat, läßt darauf schließen, daß auch gewerbliche Mastbetriebe eingerichtet wurden. Da bei diesen die Gefahr der Verfütterung von Nahrungsmitteln infolge der fehlenden Eigenfutterbasis ungleich größer ist als in der Landwirtschaft, wird geplant, die gewerbliche Mast zu verbieten und den Weg, den das Brotgetreide vom Verkäufer bis zum Konsumenten nimmt, zu kontrollieren.

Zur Lage auf dem Holzmarkt

Vom 1. April bis 30. September 1950 wurden 4'88 Mill. *fm* Holz (4'48 Mill. *fm* Nadel- und 0'40 Mill. *fm* Laubholz) gefällt, um 0'23 Mill. *fm* oder 5 % weniger als im Vorjahr. Nach Ansicht der Forstleute ist auch dieser Einschlag noch zu hoch, wenn daran gedacht wird, die durch Raubbau gestörte Altersklassenverteilung der Wälder wieder zu normalisieren. Nach den Produktions- und Investitionsplänen soll die Erzeugung von Nutzholz zwar möglichst gehalten, der hohe Brennholzanteil hingegen stark gesenkt werden. Tatsächlich war der Anfall von Nutzholz trotz niedrigerer Gesamtnutzung in den beiden Quartalen noch um 22.000 *fm* oder 0'6 % höher als im Vorjahre, jener von Brennholz dagegen um 254.000 *fm* oder 18 % niedriger.

Holzeinschlag nach Nutzungsart¹⁾

1. April bis 30. Sept.	Holzeinschlag				Gesamter Holzeinschlag	
	für den Verkauf Nutzholz	für den Eigenbedarf Brennholz	für den Eigenbedarf Nutzholz	für den Eigenbedarf Brennholz	Nutzholz	Brennholz
	1.000 Festmeter ohne Rinde					
1949.....	3.313'7	553'9	370'3	870'4	3.684'0	1.424'3
1950.....	3.375'2	493'2	330'5	677'1	3.705'7	1.170'3

¹⁾ Angaben des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft.

Relativ hohe Preise für Sägerundholz und Schnittholz haben sich auf die Ausformung des Nutzholzes günstig ausgewirkt. So wurden heuer um 119.378 *fm* (5 %) mehr Stammholz und Derbstangen gewonnen, dagegen um 41.442 *fm* (5 %) weniger Schleifholz und Grubenholz. Die Nachfrage nach Sägerundholz ist in letzter Zeit stark gestiegen, um so mehr, als es auch den exportierenden Zellulosefabriken infolge steigender Preise am Weltmarkt möglich war, teures Sägerundholz anzukaufen und zu verarbeiten.

Nach wie vor werden die Bauernwälder überschlägert. Während die Holznutzungen im I. und

II. Quartal des Forstwirtschaftsjahres 1950 bei den Staatsforsten, im Körperschaftswald und in den privaten Wäldern über 50 ha um 13 %, 15 % und 3 % niedriger waren als im Jahre 1949, erhöhte sich die im Vergleich zur Zuwachsleistung überaus hohe Vorjahresschlägerung im Privatwald unter 50 ha noch um 3 % (von 1.58 auf 1.62 Mill. fm). Die vom Institut ausgesprochene Vermutung¹⁾, daß diese Überschlägerungen in erster Linie auf den hohen Investitionsbedarf der Landwirtschaft zurückgehen dürften, wurde kürzlich durch eine von der Landesforstinspektion für Kärnten durchgeführte Untersuchung bestätigt²⁾.

Holzeinschlag nach Bundesländern und Waldbesitzkategorien¹⁾

Bundesländer	1. IV. bis 30. IX.	Staatswald	Körperschaftswald Festmeter	Privatwald	
				von 50 ha aufwärts ohne Rinde	unter 50 ha
Wien	1949	227	5.838	5.441	—
	1950	15.674	3.688	4.650	316
Niederösterreich	1949	125.001	108.996	419.321	166.403
	1950	102.255	72.899	395.716	130.050
Oberösterreich	1949	292.673	8.359	210.997	245.019
	1950	217.765	13.596	227.852	262.552
Salzburg	1949	226.815	5.749	92.895	91.246
	1950	229.483	17.953	91.931	90.345
Steiermark	1949	183.526	142.461	675.363	369.470
	1950	154.799	123.282	657.446	366.796
Kärnten	1949	40.366	26.156	407.804	517.353
	1950	35.133	19.511	391.192	495.280
Tirol	1949	152.086	210.551	36.024	132.021
	1950	137.767	182.701	28.903	176.862
Vorarlberg	1949	2.265	35.860	6.978	41.694
	1950	501	30.856	7.021	52.571
Burgenland	1949	25	36	110.755	12.570
	1950	172	5	94.685	43.834
Österreich insges.	1949	1,022.984	544.006	1,965.578	1,575.776
	1950	893.549	464.491	1,899.396	1,618.606

¹⁾ Nach den Angaben des Bundesministeriums für Länd- und Forstwirtschaft.

Die zwischen Forstwirtschaft, Holzindustrie und Holzhandel bestehende Divergenz in der Frage der Rohholzpreise hat dazu geführt, daß die Vertreter der Forstwirtschaft an den Arbeiten im Bundesholzwirtschaftsrat und in den Ausschüssen vorläufig nicht mitwirken. Die Forstwirtschaft fordert eine Erhöhung der Rohholzpreise, um die von der Nachziehung der Forstarbeiterlöhne und vom vierten Preis-Lohn-Abkommen verursachten Kostenverteuerungen ausgleichen zu können. Die gewerbliche Wirt-

¹⁾ Siehe Nr. 1 (S. 11) und Nr. 6 (S. 259) der Monatsberichte des Ö.I.F.W., Jg. 1950.

²⁾ Darnach wurden 2.417 Schlägerungsfälle im ersten Halbjahr 1950 wie folgt begründet: 62% mit der geplanten Durchführung notwendiger Investitionen, 14% mit dem Zwang die Abgänge aus der Landwirtschaft zu decken, 10% für Zahlungen bei Besitzübernahme, 10% mit dem normalen Wirtschaftsbedarf und 4% für die Abzahlung alter Schulden.

schaft erklärt, höhere Preise für Rundholz nicht ohne Gefährdung ihrer Konkurrenzfähigkeit im Export tragen zu können.

Da die Nachfrage nach Holz auf den europäischen Märkten wegen der internationalen Rüstungskonjunktur sehr lebhaft ist, steigen die Preise stark. Somit können im Export höhere Preise als bisher erlost werden. Die Benachteiligung des Holzexportes infolge der Aufhebung der Kompensationsgeschäfte und der Kürzung oder Streichung der Belassungsquoten wird dadurch — zumindest bei Schnittholz — weitgehend kompensiert. Ein Ausgleich der Interessengegensätze wäre daher möglich. Jedoch müßte eine Lösung gefunden werden, die auch eine ausreichende Versorgung des Inlandsmarktes zu erträglichen Preisen sichert.

Die Preiskonjunktur von Holz auf den Auslandsmärkten spiegelt sich — trotz saisonbedingt geringen Holzvorräten in Österreich — in anhaltend hohen Holzexporten wider. Zwar erreichte die mengenmäßige Ausfuhr von Nadelschnittholz aller Art im September nur 81 % des Monatsdurchschnitts Jänner bis August 1950; im Oktober lag sie jedoch um 34 % darüber und war nur wenig (um 0,3 %) niedriger als die Rekordausfuhr vom August 1950. Nur der Export von Holzhäusern ging in den letzten Monaten stärker zurück.

Ausfuhr von Holz und Holzwaren¹⁾

Zeit	Nadelschnittholz	Holzhäuser	Kisten u. Obststeig.	Laubschnittholz	Grubenholz	Hartplatten ²⁾	Isolierplatten ²⁾
Ø 1937	6.040	.	28	42	444	.	.
Ø 1947	644	30	16	1	223	—	3
Ø 1948	1.910	110	129	1	312	5	23
Ø 1949	5.047	102	200	37	393	5	42
1950							
Ø I.—VIII.	9.632	183	143	110	428	4	40
VIII.	13.245	51	129	272	443	19	37
IX.	7.771	97	166	96	521	13	28
X.	13.207	51	130	129	509	48	66

¹⁾ Angaben des Bundesholzwirtschaftsrates. — ²⁾ Holzfaserbau- und Isolierplatten.

Energiewirtschaft

Dazu statistische Übersichten S. 573—574

Die Energieversorgung der österreichischen Wirtschaft war im Oktober noch zufriedenstellend. Auch für die nächsten Monate besteht noch keine unmittelbare Gefahr einer Energieknappheit größeren Umfangs, falls nicht durch extreme Witterungsverhältnisse oder schwere Maschinenschäden Störungen in der Stromversorgung eintreten. Die Kohlenvorräte der Dampfkraftwerke sind so reichlich, daß die Winterversorgung gesichert scheint.

Auf längere Sicht ist allerdings mit einer Verknappung von Kohle zu rechnen. Die sprunghafte,

zum Großteil auch spekulative Erhöhung des Kohlenbedarfes in Europa infolge der Rüstungskonjunktur hat die noch vor wenigen Monaten vorhandenen überdurchschnittlichen *Kohlenvorräte* im Ruhrrevier rasch verschwinden lassen. Obwohl die Förderung in den letzten Monaten fast das Vorkriegsniveau erreichte, kann sie, nachdem der deutsche Inlandsverbrauch stark gestiegen ist, nicht mehr die erhöhte Nachfrage der Bezugsländer decken.

Die internationale Ruhrbehörde hat zwar Westdeutschland erhöhte Exportquoten, die über dem Durchschnitt 1949 liegen, auferlegt, doch bemühen sich die deutschen Stellen um eine Herabsetzung.

Österreich hat in ungenügender Voraussicht seit über einem halben Jahr seine Kohleneinfuhren beträchtlich – sogar unter den Durchschnitt von 1949 – gesenkt, um, abgesehen von der Einsparung von Devisen, die seinerzeit bloß jahreszeitlich bedingte Stockung im Absatz inländischer Braunkohle zu beheben. Die Drosselung ging allerdings hauptsächlich zu Lasten der Einfuhr von teurer polnischer Steinkohle und tschechoslowakischer und deutscher Braunkohle, während die Bezüge von Ruhrsteinkohle nur wenig gesenkt wurden. Die Absatzschwierigkeiten im inländischen Bergbau hörten dadurch zwar auf, aber eine Erhöhung der Einfuhr zur Deckung des steigenden Bedarfes stößt nun auf große Schwierigkeit, weil wohl Devisen bereit ständen, jetzt aber Mangel an Importkohle herrscht.

Falls es Westdeutschland gelingt, die Verminderung der Exportquoten durchzusetzen, kann sogar eine weitere Drosselung der österreichischen Einfuhr aus dem Ruhrgebiet eintreten.

In der letzten Zeit ist die inländische Braunkohlenförderung zwar stark gestiegen, die Mehrförderung fällt aber für die Gesamtversorgung der österreichischen Wirtschaft wenig ins Gewicht. Außerdem handelt es sich zumeist um Braunkohle geringer Qualität.

Die Verknappung der Kohle berührt auch die Preise. Von deutscher Seite besteht die Absicht, die Exportpreise um 10% zu erhöhen, so daß in Kürze die Ruhrpreise nahe an die polnischen Preise herankommen dürften.

Die Kohleneinfuhr Österreichs ist im Oktober um 10% gestiegen, was allerdings ausschließlich auf größere Lieferungen aus dem Ruhrgebiet zurückzuführen ist, während die Einfuhr aus allen übrigen Ländern gesunken ist. Aus Ostdeutschland wurden wieder 1.926 t Braunkohlenbriketts bezogen. Insgesamt kamen im Oktober 394.000 t Kohle (Steinkohlenbasis) nach Österreich, d. s. 243,3% von 1937, die

Einfuhr liegt aber seit März 1950 niedriger als im Jahresdurchschnitt 1949.

Kohleneinfuhr Österreichs

Zeit	Steinkohle	Braunkohle in Tonnen	Koks	Insgesamt ¹⁾
Ø 1937	221.410	15.431	45.891	275.016
1949 VIII.	359.965	92.533	29.306	435.538
IX.	390.838	110.512	31.178	477.272
X.	355.865	130.369	28.564	449.613
1950 VIII.	269.153	59.337	14.542	313.364
IX.	306.085	76.910	13.833	358.373
X.	344.540	66.201	16.359	394.000

¹⁾ Auf Steinkohlenbasis umgerechnet.

Der inländische Kohlenbergbau hat – begünstigt durch die Verknappung der Importe – seine Förderung weiter ausgedehnt und im Oktober mit 15.780 t Steinkohle und 395.413 t Braunkohle, d. s. 85,3%, bzw. 146,4% von 1937, die bisher höchste Monatsleistung erreicht. Das geht zum Teil schon auf das Konto neuer Bergbaue, doch handelt es sich zumeist nur um relativ minderwertige Braunkohlensorten. Im Vergleich zur Importverminderung fällt die Mehrerzeugung nicht ins Gewicht.

Kohlenförderung Österreichs

Zeit	Steinkohle	Braunkohle in Tonnen	Insgesamt ¹⁾
Ø 1937	19.185	270.147	154.259
1949 VIII.	14.605	310.193	169.702
IX.	14.588	327.985	178.580
X.	14.653	330.321	179.813
1950 VIII.	15.929	357.695	194.777
IX.	15.908	374.817	203.316
X.	15.780	395.413	213.487

¹⁾ Auf Steinkohlenbasis umgerechnet.

Insgesamt standen der österreichischen Wirtschaft im Oktober 582.000 t Kohle (Steinkohlenbasis) (141,1% von 1937) zur Verfügung, das sind etwa 8% mehr als im September, in den ersten zehn Monaten des Jahres 1950 aber um 4% weniger als im Durchschnitt 1949, während gleichzeitig die Industrieproduktion um 16% gestiegen ist.

Der Stromverbrauch ist im Oktober auf 362 Mill. kWh gestiegen. Da die Erzeugung der Wasserkraftwerke weiter zurückgegangen ist, mußten die Dampfkraftwerke stärker eingesetzt werden. Die Gesamterzeugung von 431 Mill. kWh (September 428 Mill. kWh) mußte zu 28% (122 Mill. kWh) von den Dampfkraftwerken geliefert werden (Oktober 1949 = 29%).

Da die Kohlenanlieferungen an die Dampfkraftwerke stark erhöht wurden, nahmen die Lagerbestände bis Ende Oktober etwas zu. Auch die Vor-

räte an Heizöl stiegen. Ende Oktober waren insgesamt 247.000 t Kohle (Steinkohlenbasis) und 4.288 t Heizöl verfügbar.

Erzeugung und Verbrauch elektrischer Energie

Zeit	Gesamte Strom- erzeugung	Laufwasser-	davon in			Dampf- verbrauch	Ver- brauch
			Speicher- Kraftwerken	Wasser- Kraftwerken	in Millionen Kilowattstunden		
Ø 1946	254'13	142'77	81'79	224'56	29'57	186'40	
Ø 1947	269'52	154'76	72'15	226'91	42'61	216'51	
Ø 1948	351'04	191'27	114'75	306'02	45'03	277'73	
Ø 1949	349'72	194'21	87'08	281'29	68'43	305'39	
1946 VIII.	286'58	153'52	116'42	269'94	16'63	179'26	
IX.	273'30	155'94	90'04	245'98	27'32	186'67	
X.	248'77	130'29	60'82	191'11	57'66	205'50	
1947 VIII.	336'98	180'96	126'30	307'26	29'73	217'83	
IX.	259'15	140'70	59'96	200'66	58'49	199'07	
X.	243'94	107'69	52'90	160'59	83'35	220'97	
1948 VIII.	457'76	219'28	230'27	449'55	8'21	292'01	
IX.	385'39	207'81	136'11	343'92	41'47	287'35	
X.	338'93	172'18	85'32	257'51	81'42	281'23	
1949 VIII.	390'94	241'59	118'71	360'30	30'64	329'84	
IX.	389'25	227'59	107'40	334'99	54'26	320'85	
X.	359'06	168'89	87'11	256'00	103'06	306'84	
1950 VIII.	491'90	268'77	170'51	439'28	52'63	366'55	
IX.	427'72	253'34	105'97	359'31	68'41	4351'37	
X.	431'27	216'98	92'27	309'25	122'02	362'32	

Am 25. Oktober wurde das Wasserkraftwerk Kaiserbach (Tirol) mit 2 Maschinen zu je 3.000 kWh in Probetrieb genommen.

Da die hydraulische Stromerzeugung zurückging, wurde am 1. November 1950 durch Verordnung für die Industrie die Schaltstufe III aufgerufen. Von diesem Tag an mußten die Industriebetriebe den Bezug der in Dringlichkeitsstufe 4 genehmigten Höchstverbrauchsmengen einstellen.

Gewerbliche Produktion

Dazu statistische Übersichten S. 575—580

Allgemeine Entwicklung

Die Industrieproduktion im September spiegelte erstmals die Exportkonjunktur voll wider. Trotz saisonbedingten Produktionsrückschlägen in der Baustoff-, Nahrungsmittel- und Metallindustrie sowie Produktionsausfällen wegen des Streiks vor und nach dem vierten Preis-Lohn-Abkommen hat der Produktionsindex mit 149'4% von 1937 im September den bisher höchsten Stand (Juni 145'1%) überschritten.

Auch der Index der Produktionsmittelerzeugung hat mit 179'1% ebenfalls den bisher höchsten Wert erreicht. Der Konsumgüterindex stieg infolge Erhöhung der Leder- und Textilproduktion um 13'2% auf 123'4% von 1937. Da der Beschäftigungsindex in der gleichen Zeit nur um 0'4% zugenommen hat, stieg die Produktivität auf 93'6% von 1937 und erreichte damit ebenfalls einen neuen Höchststand.

Produktion, Beschäftigung und Produktivität

Zeit	Gesamtindizes der			Indizes der	
	Produktion	Beschäftigung	Produktivität	dauerhaften Güter	nicht dauerhaften Güter
Ø 1937.....	100'00	100'00	100'00	100'00	100'00
Ø 1948.....	88'67	135'33	65'54	104'37	73'27
Ø 1949.....	118'49	149'67	79'17	144'27	96'15
1948 VII.	87'33	135'83	64'29	109'13	66'18
VIII.	91'64	136'84	66'97	109'91	72'76
IX.	99'81	138'41	72'11	121'45	79'75
1949 VII.	120'00	150'52	79'72	149'42	94'03
VIII.	117'27	152'09	77'11	147'69	90'80
IX.	133'48	153'79	86'79	163'26	107'77
1950 VII.	133'18	158'07	84'25	165'94	104'19
VIII.	136'88	158'90	86'14	167'40	109'07
IX.	149'41	159'63	93'60	179'08	123'44

Im Oktober — bisher liegen nur wenige Ziffern vor — dürfte sich das hohe Produktionsniveau gehalten haben und zum Teil sogar gestiegen sein. Die saisonbedingten Rückgänge, vor allem in der Baustoff- und Metallindustrie, werden sich naturgemäß verstärken.

Verschiedene Branchen, besonders die Maschinen- und Elektroindustrie, erhalten jetzt große Exportaufträge, weil sie viel kürzere Lieferfristen als die bereits länger in die Konjunktur eingeschalteten ausländischen Unternehmungen bieten können¹⁾. Aber auch das beginnende Weihnachtsgeschäft wirkt sich belebend aus.

Probleme der Rohstoffversorgung

Die guten Aussichten des Exportgeschäftes werden freilich schon überschattet von den Sorgen um die Beschaffung der Roh- und Hilfsstoffe. Augenblicklich sind die unmittelbaren Schwierigkeiten noch nicht ernst. Die Nachschaffung von Rohstoffen ist zwar in einigen Bereichen sehr schwer, doch gibt es fast überall noch Vorräte, die zusammen mit den, wenn auch rückgängigen, Importen für einige Zeit reichen.

Die Entwicklung auf längere Sicht wirkt aber schwere Probleme auf. Im 3. Quartal 1950, zur Zeit der stärksten Hausse auf den internationalen Rohstoffmärkten, sind fast alle Rohstoffimporte Österreichs stark gesunken. Während sich andere Länder für die damals schon voraussehbare Konjunktur mit Rohstoffen eindeckten, große Hortungskäufe tätigten und hohe Einfuhrüberschüsse in Kauf nahmen, begann Österreich von seinen Vorräten zu zehren. Wenn daher die Verknappung länger anhält, werden Produktionseinschränkungen unvermeidbar sein und dann wird das allgemeine Produktionsniveau nicht durch die Nachfrage, sondern durch die Engpässe bestimmt werden.

¹⁾ Große Aggregate der Elektroindustrie z. B. kann Österreich derzeit noch binnen 18 Monaten liefern, während andere Länder schon Lieferfristen bis zu 4 Jahren beanspruchen.

Vor allem müßte vermieden werden, Engpässe dadurch zu schaffen, daß im Inland erzeugte Rohstoffe und Halbprodukte auf Kosten der weiterverarbeitenden Industrie exportiert werden. In Zeiten von Engpässen muß die Wirtschaftspolitik alles daran setzen, daß Produktion und Produktivität in den Mangelbranchen ausgeweitet und erhöht werden. Bewirtschaftung und Höchstpreise bewirken das nicht, sie konservieren bestenfalls (stoppen) den status quo, weil sie sich eben mit dem Rationieren begnügen.

Importe wichtiger Rohstoffe

	Roh- tabak	techn. Fette u. Öle	Baum- wolle	Wolle	Flachs Hanf Jute	Kau- tschuk	Chem. Roh- stoffe	
in Tonnen								
Ø 1937	Insges.	674	3.021	3.592	983	1.516	352	1.283
	Komm.	674	3.021	3.592	983	1.516	352	1.283
	ERP							
Ø 1949	Insges.	1.240	1.592	1.857	858	763	744	2.480
	Komm.	901	894	686	641	763	719	1.517
	ERP	339	698	1.171	217	0'5	25	963
1950 I.	Insges.	884	2.332	1.252	864	915	1.262	650
	Komm.	175	1.832	172	639	925	1.261	650
	ERP	709	500	1.080	225	—	1	—
II.	Insges.	438	1.605	1.462	1.393	1.601	676	3.895
	Komm.	349	1.415	606	845	1.601	675	3.895
	ERP	89	190	856	548	—	1	—
III.	Insges.	811	2.407	748	774	1.206	1.111	2.030
	Komm.	702	2.374	419	693	1.206	1.063	2.030
	ERP	109	33	329	81	—	48	—
IV.	Insges.	463	2.396	1.114	716	686	1.306	1.765
	Komm.	463	2.396	565	716	686	1.284	1.765
	ERP	—	—	549	—	—	22	—
V.	Insges.	262	1.169	2.974	888	1.413	935	4.494
	Komm.	262	1.117	1.015	799	1.413	912	4.494
	ERP	—	52	1.959	89	—	23	—
VI.	Insges.	1.387	1.619	1.826	754	822	626	1.197
	Komm.	923	1.459	530	713	822	625	1.197
	ERP	464	160	1.296	41	—	1	—
VII.	Insges.	967	1.533	3.419	578	546	264	9.374
	Komm.	435	1.419	247	578	546	264	2.153
	ERP	532	114	3.172	—	—	—	7.221
VIII.	Insges.	709	2.202	2.394	465	576	111	1.197
	Komm.	300	241	403	465	523	104	1.197
	ERP	409	1.961	1.991	—	53	7	—
IX.	Insges.	654	966	907	503	1.147	253	1.253
	Komm.	233	941	691	503	1.147	238	1.253
	ERP	421	25	216	—	—	15	—
X.	Insges.	403	675	301	631	1.026	554	1.123
	Komm.	200	675	271	631	1.026	542	590
	ERP	203	—	30	—	—	12	533
1950 Ø I.—X.	Insges.	698	1.690	1.640	756	994	710	2.698
	Komm.	404	1.387	492	658	989	697	1.923
	ERP	294	303	1.148	98	5	13	775

Die Entwicklung der Einfuhr einiger wichtiger Rohstoffe zeigt, daß vor allem der Import von Kautschuk stark gesunken ist. Im ganzen III. Quartal 1950 wurde weniger Kautschuk importiert als im Monatsdurchschnitt 1949 und in irgendeinem Monat des 1. Halbjahres 1950.

Die kommerziellen Importe von Schafwolle sind ebenfalls gesunken und die Schafwolleinfuhren aus ERP haben seit dem Beginn des Koreakonfliktes auf-

gehört. Die Einfuhr der übrigen Rohstoffe ist weniger gesunken. Jedoch waren die Einfuhren, mit Ausnahme jener von Fettrohstoffen, Bastfasern und chemischen Rohstoffen im Durchschnitt der ersten zehn Monate 1950 durchwegs — zum Teil bedeutend — niedriger als im Durchschnitt 1949. Die Einfuhr ging in dieser Zeit wie folgt zurück: Rohtabak 43'7%, Baumwolle 11'7%, Wolle 11'9%, Kautschuk 4'6%, während die Produktion dieser Industriezweige stark stieg, was die Rohstoffvorräte vermindern mußte. Rasche Maßnahmen zu Gunsten einer besseren Rohstoffversorgung müßten aber wirksam werden, ehe die Knappheit die Produktion ernstlich gefährdet. Die Edelstahlindustrie hat ihre Vorräte an Ferrolegierungen, besonders Ferromolybdän und Nickel, aufgebraucht und wird sehr bald die Erzeugung der entsprechenden Stahlsorten einstellen müssen. Selbst Aluminium, von dem heuer ein Vielfaches des Inlandsbedarfes erzeugt wurde, ist wegen übergroßer Exporte knapp. Vielfach wurden besonders die guten Qualitäten exportiert, so daß sich die im Inland verbleibenden Roh- und Halbwaren qualitativ verschlechterten.

Die Entwicklung in den einzelnen Industriezweigen

Der Index der Bergbauproduktion ist im Oktober dank der anhaltenden Steigerung der Kohlen- und Eisenerzförderung von 143'2% auf 143'6% gestiegen. Die fortschreitende Kohlenverknappung in Europa hat die Absatzchancen auch der weniger rationellen inländischen Kohlenbergbaue verbessert.

Die Eisenerzförderung ist im Oktober nicht zuletzt dank den großen Investitionen auf 117'1% von 1937 gestiegen. Auch in den übrigen Bergbauzweigen ist die Produktionslage unverändert günstig.

Die Exportkonjunktur wirkt sich besonders stark bei der eisenerzeugenden Industrie aus. Trotz den Streiks ist die Gesamtproduktion weiter um 10'4% gestiegen und hat mit 172'4% von 1937 eine bisher noch nie erzielte Höhe erreicht.

Am 22. November wurde in Donawitz die neue, aus den USA gelieferte Blockstrecke mit einer Ka-

Produktion der Eisenhütten

Zeit	Roheisen	Rohstahl in Tonnen	Walzwaren
Ø 1937	32.427	54.143	35.604
Ø 1948	51.101	54.015	32.125
Ø 1949	69.812	39.548	44.519
1949 VIII.	75.922	69.133	42.975
IX.	71.004	78.180	48.833
X.	68.594	78.885	47.469
1950 VIII.	69.712	76.141	46.211
IX.	74.010	71.130	47.535
X.	78.248	94.198	53.281

pazität von 40.000 t im Monat fertig montiert. Nach Kriegsende mußte die alte, aus dem Jahre 1897 stammende Anlage wieder in Betrieb gesetzt werden, weil die 1942 aufgestellte Blockstrecke demontiert worden war. Die Erzeugung kann allerdings noch nicht gesteigert werden, weil die nachgelagerten, schon 40 Jahre alten Knüppel- und Profilstraßen noch nicht erneuert werden konnten. Bis Ende 1951 soll zwar auch die neue Knüppelstraße fertig sein, die Erneuerung der Fertigstraßen wird aber noch länger dauern. Der Wert der neuen Blockstrecke und der kommenden Knüppelstraße liegt also in erster Linie in der Kostensenkung.

Da die österreichischen Werke mit Exportaufträgen für Roheisen und Walzmaterial auf lange Sicht eingedeckt sind, will die VÖEST in Linz einen dritten Hochofen anblasen. Er würde allerdings das Gleichgewicht in der Energiewirtschaft des Hüttenbetriebes wieder stören und eine unrationelle Betriebsweise bedingen, was jedoch bei längerer Produktion in Kauf genommen werden könnte. Bisher ist es allerdings nicht gelungen, den zusätzlichen Kohlenbedarf sicherzustellen, während die Erzversorgung zum Teil dank der steigenden Erzförderung gesichert wäre.

Die Versorgung mit Schrott und Legierungsmetallen ist weiter ungünstig. Aus einem Kompensationsgeschäft mit Ostdeutschland sollen gegen Edelstahl in Kürze Ferrochrom, Braunkohlenbriketts und verschiedene andere Waren eingeführt werden.

Die Magnesitindustrie ist weiter vollbeschäftigt. Der Gesamtindex ist im Oktober von 161,1% auf 167,2% gestiegen. Obwohl die gegenwärtige Konjunktur für die nächste Zeit keine Absatzschwierigkeiten befürchten läßt, sind die Firmen der Magnesitindustrie bemüht, ihr Investitionsprogramm von 90 Mill. S, das im Gegensatz zu anderen Industriezweigen so gut wie aus eigenem finanziert wird, zu verwirklichen. Es wird die Kosten bedeutend senken und die Produktionskapazität um 20% erhöhen. Diese Kostensenkungen sind besonders dringlich geworden, weil die einstige Monopolstellung der österreichischen Magnesitindustrie durch Aufschlüsse von größeren Vorkommen in anderen Ländern stark erschüttert wurde.

Die Aluminiumerzeugung ging im September stark zurück, weil die Stromlieferungen gedrosselt wurden. Inzwischen wurde die Abnahmeleistung der Hütte Ranshofen auf 15.000 kW eingeschränkt, die allerdings den ganzen Winter über aufrechterhalten werden soll.

Trotz der gleichzeitigen Erhöhung der Bleiproduktion um 71,9% und einer gleichbleibenden

Kupferproduktion ist der Gesamtindex der Metallproduktion im September um 22,8% zurückgegangen.

In der Gießereindustrie ist die Erzeugung in allen Sparten — außer Grauguß — gestiegen. Der Gesamtindex betrug im September 138,8% von 1937, lag aber noch unter dem Höchststand vom März (155,4%).

Der Gesamtindex der Fahrzeugindustrie ist z. T. wegen des Streiks im September um 14,3% gesunken. Die Erzeugung war in allen Sparten mit Ausnahme der Lastwagenproduktion niedriger als im August. Im Oktober dürfte die Erzeugung wieder gestiegen sein.

Während die Inlandsproduktion von Lastkraftwagen über 3 t, von Autobussen und Traktoren die inländische Nachfrage seit langem deckt, müssen leichte Lastkraftwagen und Personenwagen mangels inländischer Erzeugung eingeführt werden. In einem Abkommen mit den Turiner Fiat-Werken hat Steyr ein neues Assembling-Geschäft angebahnt, das neben den schon bisher in Österreich zusammengebauten Kleinwagen der Type 1100 nun auch die mittelgroße Type 1400 umfaßt. Wegen des großen Exportes von Motorrädern kann die inländische Nachfrage nicht befriedigt werden, deshalb sind auch die Preise für alte Personenwagen und Motorräder in Österreich unverhältnismäßig hoch.

Die Maschinenindustrie nimmt immer mehr an der Exportkonjunktur teil. Der Index ihrer Produktion erreichte im September, trotz stärkerem Ausfall in der Kugellagerproduktion, mit 198,4% von 1937 den bisher höchsten Stand. Gegenüber August betrug die Steigerung 6,5%. Das Vormaterial wird aber immer knapper, auch die Zahl der exportfähigen Firmen und der Erzeugnisse nimmt zu. Gute Exporterfolge haben neben den Bergbau-, Kraftmaschinen und Turbinen vor allem die Preßluftwerkzeuge, deren hohe Qualität vor der aufkommenden deutschen Konkurrenz gut besteht.

Der Produktionsindex der Elektroindustrie ist im September sprunghaft um 56,1% auf 204,7% gestiegen, vor allem dank größeren Exportaufträgen und dem Saisonbeginn der Radio- und Glühlampenindustrie. Die Nachschaffung von Rohstoffen ist aber schwierig und wichtige Materialien, nicht nur Kupfer, Trafobleche und Isoliermaterial, sind schwer und nur zu hohen Preisen erhältlich.

Die starke Beanspruchung der ausländischen Industrie bringt den österreichischen Betrieben, die noch kürzere Liefertermine anbieten können, zahlreiche Großaufträge ein. Ein Großbetrieb der Elektroindustrie exportiert bereits ein Drittel der

Produktion, in der letzten Zeit auch nach Australien und Südamerika.

Produktion der Elektroindustrie

Zeit	Blei- kabel	Isolierte Leitungen 1.000 m	Glüh- lampen 1.000 St.	Radio- apparate St.
Ø 1937	315	2.050	957	10.623
1949 VII.	1.152	2.994	1.271	9.223
VIII.	1.023	3.762	1.819	9.407
IX.	1.220	4.908	2.212	16.330
1950 VII.	1.233	2.696	1.613	7.634
VIII.	1.090	3.100	1.824	10.999
IX.	1.119	4.207	2.429	22.557

Die bereits im Jahre 1947 bestellten 16 Elektrolokomotiven der Bundesbahn werden nun, nachdem die ersten beiden bereits ausgeliefert sind, in Abständen von 4 Wochen fertiggestellt werden. Inzwischen wurden weitere 15 Lokomotiven bestellt.

Auch der Export von *elektrischen Präzisionsmeßgeräten* hat stark zugenommen und gewinnt allmählich wieder die gleiche Bedeutung wie in der Vorkriegszeit. Gegenwärtig werden zwei Drittel der Erzeugung, trotz der starken ausländischen Konkurrenz und sehr hohen Wertzöllen, in viele europäische Länder und die USA exportiert. Auf dem Schwachstromsektor konnte die Telephonindustrie bisher noch nicht stärker exportieren; da ihre Kapazität weit über den Inlandsbedarf hinausgeht, ist sie noch immer unterbeschäftigt.

Die Erzeugung der *Baustoffindustrie* ist im September saisonbedingt – vor allem in den Ziegeleien – zurückgegangen. Der Rückgang des Gesamtindex im September (18%) hat sich im Oktober bedeutend verstärkt. Endgültige Ziffern liegen jedoch noch nicht vor. Ende Oktober haben die meisten Ziegeleien ohne Trocknungsanlage die Erzeugung eingestellt. Der Ofenbetrieb zur Fertigstellung des vorhandenen Materials geht allerdings noch weiter.

Produktion der Baustoffindustrie

Zeit	Index	Mauer- ziegel 1.000 St.	Zement Tonnen	Kalk Tonnen	Heraklith m ²
Ø 1937	100'00	54.000	35.750	5.679	4.308
1949 VII.	181'46	65.610	112.533	24.987	16.350
VIII.	175'61	64.711	107.540	24.086	16.300
IX.	183'31	65.455	109.284	26.345	11.760
1950 VII.	185'26	62.257	129.509	18.409	13.150
VIII.	195'96	65.054	126.301	26.846	12.570
IX.	192'40	58.308	129.272	21.067	12.978

Die *chemische* Industrie hat in fast allen Sparten ihre Erzeugung bedeutend gesteigert. Der Gesamtindex stieg auf 210,8%, d. i. 9,2% über den bisherigen Höchststand.

Die starke Erhöhung der Produktion von Kautschukwaren ist überwiegend aus den Lagerbeständen an Rohkautschuk alimentiert worden.

Auch die Erzeugung und der Export von Zündhölzern hat sich günstig entwickelt. Trotz der steigenden Nachfrage im Ausland stehen die österreichischen Betriebe noch immer stark unter Konkurrenzdruck. Die Zellwolleerzeugung hat ebenfalls zugenommen. Das Werk in Lenzing ist mit Aufträgen überhäuft und exportiert gegenwärtig in großem Umfang nach den USA.

Die *Seifen- und Waschmittelindustrie* hat ihre Erzeugung stark erhöht, um die seit dem Korea-Konflikt ständig steigende inländische Nachfrage decken zu können. Die Industrie war zwar mit Rohstoffen, die zu 95% importiert werden müssen, gut versorgt, inzwischen sind aber die Weltmarktpreise für Talg um mehr als 100% gestiegen, so daß eine beträchtliche Erhöhung der Konsumentenpreise unvermeidlich sein wird. Auch die Stickstoffwerke in Linz halten ihre hohe Produktion – die Kapazität ist voll ausgenutzt – dank günstigen Exportchancen unverändert aufrecht.

Die Vollbeschäftigung der *Papierindustrie* ist schon jetzt bis Mitte des nächsten Jahres gesichert. Das starke Steigen der Weltmarktpreise (vor allem für Rotationspapier) ermöglicht bisher unveränderte Inlandspreise, obwohl die Produktionskosten stark gestiegen sind. Der Gesamtindex der Papierindustrie ist im Oktober fast unverändert geblieben.

Holzgang und Holzverbrauch der Papierindustrie haben im September geringfügig abgenommen. Auch die Vorräte sind etwas zurückgegangen. Der Energiebedarf blieb fast unverändert, der Kohlenverbrauch hat sich jedoch stärker auf inländische Braunkohle verlagert.

Auch die *papierverarbeitende* Industrie, die bisher unter Absatzschwierigkeiten litt, ist gut beschäftigt und hat die Erzeugung im 1. Halbjahr 1950 um 50% gesteigert. Die Produktionsausweitung geht jedoch noch weiter und wird durch das bevorstehende Weihnachtsgeschäft verstärkt. Störend wirken nur die langen Lieferfristen für Papier und Pappe. Es werden hauptsächlich Natronpapiersäcke, Kunstdruck, Chrompapier sowie Spielkarten exportiert.

Der Gesamtindex der *Lederindustrie* ist im September weiter um 12,3% auf 87,5% von 1937 gestiegen, woran sowohl die Ledererzeugung als auch die Schuhindustrie beteiligt war.

Auch die *Ledertreibriemen- und technische Lederartikelindustrie* sowie die *Lederwaren- und Kofferindustrie* sind gut beschäftigt. Der Export von

Produktion der Leder- und Schuhindustrie

Zeit	Oberleder m ²	Sohlen- leder	Leder- schuhe ¹⁾ Paar	Textil- straßen- schuhe Paar	Hausschuhe Paar
Ø 1937		508	458.000		
1949 VII. ...	128.232	392	258.570	54.998	41.866
VIII. ...	152.584	456	237.492	23.989	73.620
IX. ...	116.090	347	363.921	42.622	140.005
1950 VII. ...	92.049	346	178.468	16.099	67.698
VIII. ...	140.511	534	289.280	17.901	83.234
IX. ...	159.360	488	356.414	14.616	120.621

¹⁾ Einschließlich Sandaletten

Oberleder konnte im September die vorgesehenen Kontingente ausnützen. Auch die Lederwaren- und Kofferindustrie schaltet sich wieder stärker in den Export ein.

Die Produktion der Textilindustrie hat im September ebenfalls stark zugenommen. Der Gesamtindex stieg im September um 20% auf 101,1% von 1937.

Die Hanf- und Juteindustrie ist für mindestens ein halbes Jahr voll, beschäftigt und mit Rohstoffen eingedeckt. Ungefähr 20% der Produktion werden exportiert.

Der Inlandsabsatz in der Strick- und Wirkwaren-erzeugung ist zwar zurückgegangen, aber die Exporte, besonders nach Deutschland, sind stark gestiegen.

Produktion der Textilindustrie

Zeit	Baumwollgarn ¹⁾	Wollgarn ²⁾	Baumwoll- gewebe ¹⁾	Wollgewebe ²⁾
	in Tonnen		in 1.000 m	
Ø 1937	2.791		9.040·9	
Ø 1948	1.393	569	5.362·0	694·3
Ø 1949	2.030	793	8.004·6	1.082·6
1949 VII.	1.623	689	7.267·2	927·7
VIII.	2.034	680	7.938·7	882·6
IX.	2.295	831	9.318·7	1.167·7
1950 VII.	2.214	691	8.241·5	807·2
VIII.	2.244	709	9.264·6	944·0
IX.	2.335	1.002	10.622·3	1.215·8

¹⁾ Einschließlich Zellwollgarne bzw. Gewebe B-Typ. — ²⁾ Einschließlich Zellwollgarne bzw. Gewebe W-Typ.

Das im Februar begonnene und ursprünglich bis August befristete Standardprogramm der Textilindustrie, das eine Erzeugung von 3·8 Mill. Meter Baumwollstoffen zu niedrigen Preisen vorsah, konnte bis Ende Oktober mit 2 Mill. Meter zu 54% erfüllt werden. Inzwischen wurde bereits ein zweites Standardprogramm aufgestellt, das bis Ende Februar 1951 (Winterware bis Mitte Dezember) ausgeliefert werden soll. Es umfaßt allerdings nur noch 1·8 Mill. Meter, also kaum noch die Hälfte des ersten Programmes.

Der gesamte Rohstoffverbrauch der Textilindustrie, der in der Urlaubssaison stark gesunken war,

ist im August geringfügig, im September aber stark gestiegen, ohne allerdings die hohe Märziffer zu erreichen.

Rohstoffverbrauch der Textilindustrie

Zeit	Tonnen	Zeit	Tonnen
1949 Ø	4.781	1950 V.	5.743
1950 I.	5.425	VI.	5.731
II.	5.522	VII.	4.937
III.	7.203	VIII.	5.117
IV.	5.309	IX.	5.498

Die Rohstoffversorgung ist besonders bei Wolle kritisch geworden, da die ERP-Einfuhren seit einigen Monaten ausblieben und die Preise sprunghaft gestiegen sind, wodurch die zur Verfügung stehenden Geldmittel (Pfandkredit) entwertet wurden.

Der Index der Nahrungs- und Genußmittelindustrie ist im September wieder um 67% zurückgegangen. Besonders stark ist die Bierproduktion gesunken. Im September hat die Zuckerrübenkampagne begonnen. Sie erbrachte in diesem Monat 8.500 t, im Oktober aber bereits 21.500 t Zucker. Die heurige Zuckerrübenernte dürfte infolge der günstigen Witterung rund 700.000 t erreichen, d. i. etwas mehr, als erwartet wurde. Allerdings dürfte dafür die Zuckerausbeute nur 125% betragen. Zur vollen Deckung des inländischen Bedarfes wären 1·1 Mill. t Zuckerrüben notwendig.

Da die heuer besonders große Rübenernte in Westdeutschland von den dortigen Betrieben nicht allein verarbeitet werden kann, wird Österreich in Lohn deutsche Zuckerrüben verarbeiten. Den als Lohnanteil in Österreich verbleibenden Zucker soll die Süßwarenindustrie erhalten.

In den übrigen Zweigen der Nahrungs- und Genußmittelindustrie stieg die Erzeugung fast durchwegs. Die Süßwarenindustrie hat die Erzeugung für das Weihnachtsgeschäft aufgenommen.

Die ungünstige Situation in der Spiritusindustrie hat sich bisher noch nicht gebessert, obwohl saisongemäß (Weihnachtsgeschäft) eine Belebung des Absatzes zu erwarten war. Man glaubt, daß die illegalen Verkäufe von Branntwein das Geschäft beeinträchtigt haben.

Auch in der Holzverarbeitenden Industrie konnte die Kapazität im September besser ausgenutzt werden. Besonders die Möbelindustrie hat in der Zeit kurz vor und nach dem vierten Preis-Lohn-Abkommen viele Aufträge erhalten. Da die Löhne in der Holzverarbeitenden Industrie um 24% gestiegen sind und außerdem noch die Schnittholzpreise erhöht werden dürften, werden Preissteigerungen kaum zu verhindern sein. Der Möbelhandel hat sich allerdings bereit erklärt, Preissteigerungen bis zu 10% aus den eigenen

Spannen ohne Preiserhöhung für den Letztverbraucher zu tragen.

Die Exporte der Holzverarbeitenden Industrie haben im September in den meisten Sparten wieder zugenommen. Das große Holzhausgeschäft mit Australien konnte bisher wegen Finanzierungsschwierigkeiten noch nicht begonnen werden.

Umsätze

Dazu statistische Übersichten S. 581

Nach dem übersaisonnäßig guten Geschäftsgang im September waren die Einzelhandelsumsätze im Oktober fast allgemein rückläufig. In den Wiener Warenhäusern nahmen sie um 6%, bei den Konsumgenossenschaften um 10% und im Gesamteinzelhandel um 1%¹⁾ ab. Da die Verbraucherpreise einiger Waren seit September gestiegen sind, dürfte der mengenmäßige Umsatzrückgang noch größer sein.

Der saisonwidrige Rückgang des Umsatzes beruht vor allem auf den überaus hohen Umsätzen des Vormonates, die einen Teil der im Oktober (oder noch später) fälligen Käufe vorweggenommen haben. Dennoch waren auch im Oktober die Umsätze noch überdurchschnittlich hoch²⁾.

Einzelhandelsumsätze im Oktober

Geschäftszweig	1949 Veränderungen gegenüber September in %	1950 September in %	1950 in % von 1949
Wiener Warenhäuser insgesamt ..	+37'8	-6'0	93'9
davon			
Textilien und Bekleidung ..	+40'3	-5'0	96'9
Möbel und Hausrat	+30'0	-3'7	77'0
Sonstiges	+27'0	-14'6	83'8
Konsumgenossenschaften	+10'7	-9'5	108'1
Einzelhandel insgesamt	+32'8	-0'6 ¹⁾	102'5 ¹⁾
davon			
Nahrungsmittel	+11'2	-10'5	108'3
Textilien und Bekleidung ..	+51'5	+7'9	99'8
Sonstige Branchen	+24'9	-11'1 ¹⁾	80'0 ¹⁾

¹⁾ Vorläufige Zahlen

Die Entwicklung war in den einzelnen Branchen sehr verschieden. Die Umsätze von *Nahrungs- und Genußmitteln* nahmen nach den im Vormonat getätigten Vorratskäufen wertmäßig um 11% ab, waren jedoch noch immer gleich hoch wie im Juli. Berücksichtigt man jedoch die Preiserhöhungen, so dürften die Nahrungsmittelumsätze zum Teil unter ihren normalen Umfang vor Beginn der Vorratskäufe (Mai, Juni) gesunken sein. Die in den Haushalten angelegten Reserven dürften daher zum Teil wieder verbraucht worden sein.

Die Umsätze von *Textilien und Bekleidung* nahmen nur in den Warenhäusern, die im Vormonat

¹⁾ Vorläufige Zahl.

²⁾ Der Saisonindex nimmt von Jänner bis Oktober bei Konfektion um über 100%, bei Schuhen um 40%, bei Hausrat um 75% zu. Im gleichen Zeitraum dieses Jahres stiegen die gleichen Umsätze um 200%, 96% und 82%.

Entwicklung der Einzelhandelsumsätze von Nahrungs- und Genußmitteln

Monat	1949 Jänner = 100	1950 100	1950 in % von 1949
I.	100'0	100'0	137'6
II.	104'7	102'1	134'2
III.	118'6	113'6	131'7
IV.	126'2	113'2	123'5
V.	126'6	104'2	113'2
VI.	123'3	108'1	120'6
VII.	142'5	122'2	118'0
VIII.	140'3	115'6	113'3
IX.	139'4	136'4	134'5
X.	155'0	122'1	108'3
Ø I.-X.	127'7	113'7	122'6

einen überdurchschnittlich guten Geschäftsgang hatten, um 5% ab, stiegen jedoch im Gesamteinzelhandel um 8%. Nicht zuletzt hat das unerwartet frühe Winterwetter die Nachfrage angeregt. Teilweise dürfte der Umsatzanstieg auch auf Preiserhöhungen zurückgehen. Neben Schuhen (Umsatzzuwachs von 23%) wurde vor allem Winterkonfektionsware stärker gekauft, während die Umsätze von Meterware um 18% abnahmen.

Die Möbelbranche, die im Vormonat ebenfalls einen guten Geschäftsgang hatte, meldete Umsatzrückgänge bis zu 18%. Demgegenüber waren die Käufe von *Hausrat*, vor allem infolge der saisonbedingt großen Nachfrage nach Öfen meist höher (bis um 20%) als im Vormonat. In den Wiener Warenhäusern nahmen die Umsätze von Möbeln und Hausrat um 4% ab. Von den unter „Sonstige“ zusammengefaßten Branchen hatte der Einzelhandel folgende Umsatzrückgänge zu verzeichnen: *Papierwaren* 10%; *Drogerie- und Parfumeriewaren* 8% (der Umsatz je Kunde nahm allerdings nur um 3% ab), *Lederwaren* 1%. Die Erlöse von Oktober 1949 wurden in den meisten Fällen erreicht, vereinzelt sogar überschritten.

Die Eingänge an *Umsatzsteuer* (einschließlich Bundeszuschlag) betragen im Oktober rund 200 Mill. S und waren um 12% höher als im Vormonat. Gemessen an der Entwicklung der Einzelhandelsumsätze im September ist dieser Zuwachs gering, zumal da im Oktober auch die Zahlungen der vierteljährlich abrechnenden Betriebe fällig sind. Die Umsatztätigkeit der vorgelagerten Stufen dürfte daher schwächer gewesen sein als im Einzelhandel.

An *Verbrauchssteuern* gingen im Oktober rund 144 Mill. S oder 7% mehr als im Vormonat ein. Vor allem stieg die Weinsteuern (auf mehr als das Doppelte). Die Einnahmen aus der Tabaksteuer nahmen nur um 6% zu, während die Erträge der Bier-, Zucker- und Salzsteuer bis um 24% geringer waren. Der hohe Ertrag der Weinsteuern im Oktober ist saisonbedingt (neue Weinernte), doch war heuer die

Zunahme weitaus größer als in den beiden letzten Jahren. Vermutlich hat der Mangel an Gebinden infolge der großen Weinvorräte aus den Vorjahren die Produzenten in verstärktem Maße gezwungen, den Wein rasch abzustoßen. Da der Konsum kaum gestiegen sein dürfte, haben sich dadurch vor allem die Lager des Handels vergrößert.

Die allgemeine Nachfragebelebung in den Sommermonaten hat den *Tabakwarenabsatz* relativ wenig beeinflusst. Die Tabakregie verkaufte im III. Quartal 1950 nur um 3% mehr Zigaretten und um 7,5% mehr Zigarren als im Vorquartal. Der Absatz von Rauchtobaken stieg dagegen um 13,2%, vor allem weil im August erstmals seit Kriegsende Zigarettentabak auf den Markt gebracht wurde¹⁾. Die stärkere Zunahme der Tabakverkäufe dürfte teilweise auch saisonbedingt sein (Fremdenverkehr). Die Gesamtumsätze nahmen wertmäßig um 5,3% zu und waren um 10,4% höher als im III. Quartal 1949. Gegenüber dem Vorjahr war vor allem der Zigarettenabsatz (um 11%) gestiegen, der Verkauf von Zigarren nahm dagegen um 8% ab und der von Rauchtobak blieb gleich. Die Verlagerung des Konsums auf Zigaretten wurde durch die Preispolitik unterstützt. Preisherabsetzungen und die Einführung billiger Sorten verminderten den Preis der Zigaretten laufend, der Zigarrenpreis nahm dagegen wegen der Erzeugung besserer Sorten ständig zu. Während sich der Durchschnittspreis je Zigarette von 25,9 Groschen im II. Quartal 1949 (letzte Preisherabsetzung) auf 23,7 Groschen (um 8,5%) verminderte, erhöhte sich der durchschnittliche Zigarrenpreis in der gleichen Zeit von 76,5 Groschen auf 93,7 Groschen je Stück (um 22,5%).

Umsätze der Tabakregie

Zeit	Zigaretten Mill. Stk.	Zigarren 1.000 Stk.	Rauchtobake Tonnen	Umsätze insges. ¹⁾ Mill. S
a) Absolute Werte				
1949 III. Quartal ...	1.430'2	15.915	395'9	385'4
IV. „ „ ...	1.478'5	19.386	354'5	398'2
1950 I. „ „ ...	1.346'8	11.954	311'4	356'9
II. „ „ ...	1.533'9	13.646	351'9	403'9
III. „ „ ...	1.584'1	14.669	398'2	425'3
b) Indexzahlen				
1949 III. Quartal ...	100'0	100'0	100'0	100'0
IV. „ „ ...	103'4	128'8	89'8	103'3
1950 I. „ „ ...	94'2	75'1	78'7	92'6
II. „ „ ...	107'2	85'7	88'9	104'8
III. „ „ ...	110'8	92'2	100'6	110'4

¹⁾ Konsumentenwert.

¹⁾ Allerdings flaute die Nachfrage nach Zigarettentabak bald wieder ab, da sich bei einem Tabakpreis von 13 S für 50 g eine gestopfte Zigarette einschließlich Hülse auf 18 g stellt und damit – umgerechnet auf eine ganze Zigarette – nur geringfügig unter dem Preis der „Memphis“ oder „Jonny“ liegt.

Im III. Quartal 1950 nahm der *Theaterbesuch* in Wien abermals übersaisonnmäßig (um 50%) ab²⁾. Dadurch waren die Besucherzahlen um 43%, die Umsätze infolge zunehmender Bevorzugung billiger Plätze um 51% geringer als im III. Quartal 1949. Gegenüber dem gleichen Zeitabschnitt 1948 betrug der Rückgang sogar 54% (Besucher) und 56% (Umsätze). Diese ungünstige Entwicklung ist allerdings zum Teil auf die in diesem Jahr früher und in größerem Umfang einsetzenden Urlaube der Theater zurückzuführen. Während im Juli und August 1949 8 Theater mit einem Fassungsraum von 6.800 Personen in Betrieb waren, spielten in den gleichen Monaten dieses Jahres nur 4 Theater mit 3.000 Sitzplätzen. Nach der Eröffnung der Winterzeit in einer Reihe von Theatern stiegen die Besucherzahlen im September rasch an und waren nur um 20% geringer als im gleichen Monat 1949, obwohl noch immer 3 Theater mit rund 3.000 Sitzplätzen nicht in Betrieb waren. Einige zugkräftige Stücke sowie die Einführung von Klassikervorstellungen zu halben Preisen haben vor allem den Besuch des Burgtheaters im Vergleich zum Vorjahr erhöht. Nach vorläufigen Meldungen hat der relativ gute Besuch auch im Oktober und im November (insbesondere infolge der Gratisvorstellungen – Werbeaktion während der Kulturwoche) angehalten.

Besuch und Umsatz der Wiener Theater und Lichtspielbetriebe im III. Quartal

Zeit	Besucher		Umsatz		Durchschnittlicher Eintrittspreis S
	1.000 Pers.	1948=100	1.000 S	1948=100	
Theater					
III. Quartal 1948.....	333'6	100'0	3.104'5	100'0	9'3
III. „ 1949.....	270'5	81'1	2.781'8	89'6	10'3
III. „ 1950.....	153'6	46'0	1.358'6	43'8	8'9
Lichtspielbetriebe					
III. Quartal 1948.....	11.993'2	100'0	19.562'6	100'0	1'63
III. „ 1949.....	10.915'3	91'0	21.549'6	110'2	1'97
III. „ 1950.....	10.533'8	87'8	22.742'2	116'3	2'16

Der *Kinobesuch* in Wien nahm im III. Quartal 1950 nur um 8% ab³⁾ und war etwa gleich groß wie im gleichen Zeitabschnitt 1949. Es ist allerdings zu berücksichtigen, daß die Zahl der Sitzplätze im III. Quartal 1950 um durchschnittlich 3.000 höher war als vor einem Jahr. Andererseits hätte das schöne Sommerwetter dieses Jahres einen geringeren Besuch erwarten lassen. Die Umsätze waren infolge von Preiserhöhungen um 6% höher als im III. Quartal 1949. Die neuerliche Preiserhöhung von Ende Okto-

²⁾ Im Jahre 1948 betrug der Rückgang der Besucherzahlen vom II. zum III. Quartal nur 15%, im Jahre 1949 46%.

³⁾ Vom II. zum III. Quartal nahmen die Besucherzahlen im Jahre 1948 um 9%, im Jahre 1949 um 14% ab.

ber bzw. Anfang November um 15 bis 30% (durchschnittlich etwa 20%) lassen keinen nennenswerten Rückgang der Besucherzahlen erwarten.

Arbeitslage

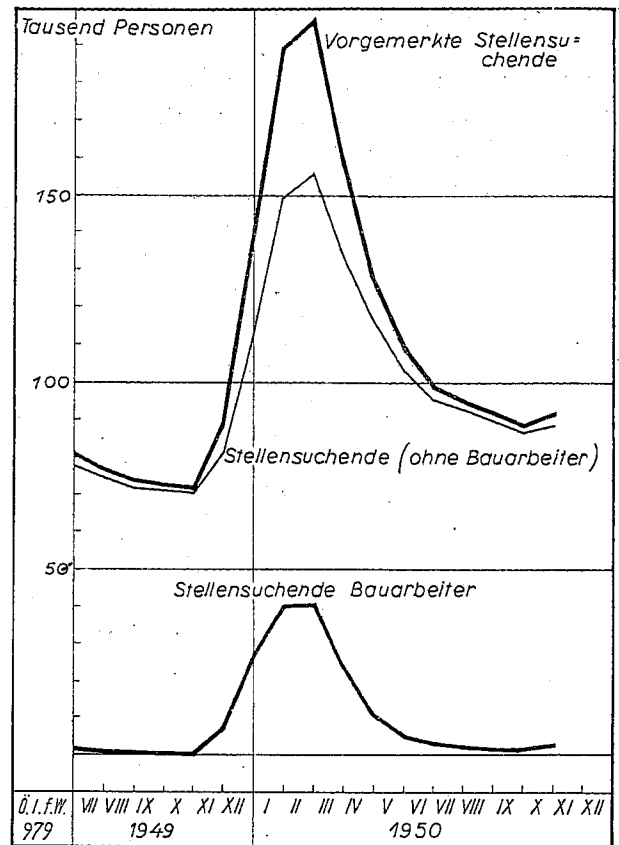
Dazu statistische Übersichten S. 582—585

Die Zahl der *Beschäftigten* stieg im Oktober um 2.600 auf 1,997.300 und blieb damit knapp unter der Zweimillionenmarke, die im Oktober 1949 überschritten worden war. Der Beschäftigtenstand in Industrie und Gewerbe erreichte zwar mit 1,510.100 Beschäftigten einen neuen Höchststand — er ist um 6.700 höher als vor einem Jahre —, doch reichte die Zunahme nicht aus, den Abgang in der Landwirtschaft auszugleichen. Bund und Bahnen zeigten im Oktober einen leichten Beschäftigtenzuwachs.

Die Zunahme der Beschäftigung in Industrie und Gewerbe betrug im Oktober 5.100; sie kam vorwiegend den Frauen zugute, die vor allem in der saisonmäßig sich ausweitenden Textil- und Bekleidungsindustrie Arbeit fanden. Sie stellten 3.800 der zusätzlich Beschäftigten. Bei den Männern wurde die Mehrbeschäftigung in der Eisen- und Metallindustrie und in anderen Branchen durch den wachsenden Abbau von Bauarbeitern weitgehend kompensiert, so daß die Zahl der beschäftigten Männer nur um 1.300 zunahm.

Der Umschwung auf dem Stellenmarkt in der ersten Oktoberhälfte, der bereits im vorigen Bericht analysiert wurde, setzte sich in der zweiten Oktoberhälfte und im November fort. Die Zahl der vorgezeichneten *Stellensuchenden*, die Ende September 88.051 betragen hatte, stieg bis Ende Oktober auf 91.254, während sie im Vorjahre im gleichen Zeitraum noch etwas — von 72.315 auf 71.747 — zurückgegangen war. Der Hauptgrund liegt in der Rückkehr zu einer „normalen“ Saisonbewegung. Vor dem Kriege begann die Zahl der Arbeitslosen im Oktober zu steigen. Im vorigen Jahre dagegen war noch eine „abnormale“ Verschiebung der Bausaison eingetreten. Sie begann später im Frühjahr, lief aber dann bis Ende Oktober auf hohen Touren. Zum Teil dürfte es sich daher bei der ungünstigeren Entwicklung des Arbeitsmarktes im heurigen Jahre nur um eine „Phasenverschiebung“ im Saisonablauf handeln. Wenn wir annehmen, daß sich die Saison um einen halben Monat vorverschoben hat, so ist der Unterschied in der Arbeitslosenentwicklung gegenüber dem Vorjahre nur mehr gering: einer Zunahme der verfügbaren Arbeitslosen um 16.607 zwischen 31. Oktober und 30. November 1949 steht heuer eine solche von 19.486 zwischen 15. Oktober und 15. November gegenüber.

Die Saisonschwankung der Arbeitslosigkeit
(Normaler Maßstab; Tausend Personen)



Die saisonbedingte Winterarbeitslosigkeit steigt bei den Bauarbeitern weitaus am stärksten an. Im Jahre 1949 bewirkte eine verspätete Bausaison, daß die Arbeitslosigkeit bis Ende Oktober zurückging. Heuer „normalisierte“ sich die Saisonbewegung, wodurch die Winterarbeitslosigkeit bereits im Oktober einsetzte. Ein Winterbauprogramm zielt darauf ab, die Bauarbeiterarbeitslosigkeit nicht so hoch wie im vergangenen Winter steigen zu lassen.

Verfügbare Arbeitslose

Zeitpunkt	Zahl	Zeitpunkt	Zahl
31. Oktober 1949.....	71.747	15. Oktober 1950.....	88.676
30. November 1949.....	88.354	15. November 1950.....	108.162
Zunahme... 16.607		Zunahme... 19.486	

Zeigt die Zunahme der Arbeitslosenzahlen daher zunächst noch keine tiefgehende Änderung der bisherigen Verhältnisse, so ist sie doch verglichen mit dem Vorjahre — auch nach Berücksichtigung der Saisonverschiebung — ein Hinweis auf die wachsende Divergenz zwischen Arbeitskräfteangebot und Unterbringungsmöglichkeiten, die nicht nur durch das Zurückbleiben der Bautätigkeit bestimmt wird. Auch in fast allen anderen Wirtschaftszweigen stieg die Arbeitslosigkeit im Oktober¹⁾; auch der aufsteigende

¹⁾ Ausnahmen bildeten nur die Eisen- und Metallindustrie, die Textil- und Bekleidungsindustrie und die Papierindustrie.

Trend der Frauenarbeitslosigkeit hat nach der Pause seit Mai wieder kräftig eingesetzt. Am 15. November war die Zahl der weiblichen verfügbaren Arbeitslosen mit 49.347 bereits wieder höher als in irgendeinem früheren Nachkriegszeitpunkt. Dabei fällt insbesondere die schon seit den Sommermonaten andauernde Zunahme der arbeitslosen weiblichen Angestellten auf, obwohl die Zahl der beschäftigten weiblichen Angestellten gestiegen ist. Die Anziehungskraft der Angestelltenberufe dürfte trotz den bekannten Schwierigkeiten noch nicht nachgelassen haben.

Schließlich deutet das unerwartet frühe Einsetzen der Winterarbeitslosigkeit, selbst wenn es sich nur um eine „Normalisierung“ des Saisonablaufes handelt, darauf hin, daß die Beschäftigungsmaßnahmen, welche das Ministerkomitee zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und die Gemeinde Wien geplant haben, nicht rechtzeitig erfolgten und nicht genügen dürften, ein schärferes Steigen der Arbeitslosigkeit bis Ende dieses Jahres hintanzuhalten. Wie weit sie dann zu Beginn des nächsten Jahres ausreichen die Arbeitslosigkeit innerhalb der Grenzen zu halten, die im Jänner und Februar 1950 erreicht wurden, wird vor allem von den bereitgestellten Summen, den Wetterbedingungen und den sonstigen wirtschaftlichen Voraussetzungen abhängen, die derzeit noch nicht abgesehen werden können. Eine — im Gegensatz zum Vorjahr — *frühzeitige* Vergabung von Bauaufträgen im Rahmen des neuen Budgets und von Counterparts könnte das Anlaufen der Bautätigkeit im Frühjahr sehr erleichtern.

Unfälle und Berufskrankheiten

Ausreichende arbeitstechnische Vorkehrungen gegen Berufskrankheiten und Arbeitsunfälle verbessern nicht nur die soziale Lage der Arbeiter, sondern bewahren auch die Volkswirtschaft vor materiellen Verlusten. Sie verhüten den Ausfall von oft unersetzlichen Arbeitskräften, fördern die Arbeitsfreude und helfen damit die Produktivität zu steigern und das Sozialprodukt zu vermehren. Genauere Einblicke in diesen sozial und wirtschaftlich gleich wichtigen, vielfach jedoch zu wenig beachteten Bereich der Arbeitsbedingungen geben vor allem die Berichte der Arbeitsinspektorate¹⁾.

Zunehmende Zahl der Unfälle und Berufskrankheiten

Im Jahre 1949 hat gegenüber 1948 und 1937 sowohl die Zahl der Unfälle als auch die der Berufskrankheiten, der arbeitsrechtlichen Übertretungen

¹⁾ Vor dem Kriege: „Gewerbe-Inspektorate“.

und der unfalltechnischen und gewerbehygienischen Beanstandungen zugenommen²⁾. Nur die Zahl der tödlichen Unfälle war im Jahre 1949 mit 341 um 4 niedriger als im Jahre 1948, aber um 197 höher als 1937.

Ergebnisse der Arbeitsinspektion in den Jahren 1937, 1948 und 1949

	1937	1948	1949
1. Vorgemerkte Betriebe.....	133.422	162.773	159.418
2. Besuchte Betriebe.....	32.690	35.214	44.632
3. Erfasste Zahl der Dienstnehmer.....	420.923	433.246	572.389
4. Erfasste Unfälle.....	32.092	54.992	65.124
5. Davon Todesfälle.....	144	345	341
6. Anzeigen von Berufskrankheiten....	¹⁾	589	1.170
7. Davon Todesfälle.....	¹⁾	20	23
8. Übertretungen arbeitsrechtlicher Vorschriften.....	13.623	13.461	18.875
9. Unfalltechnische und gewerbehygienische Beanstandungen.....	54.827	82.638	113.181

¹⁾ Keine Meldepflicht.

Die Zahl der *Unfälle* usw. ist sowohl absolut als auch je Beschäftigten gestiegen³⁾. Je 1.000 Beschäftigte wurden im Jahre 1937 36'6, i. J. 1948 39'5, und i. J. 1949 bereits 46'1 Unfälle registriert.

Unfälle, Berufskrankheiten, Übertretungen und Beanstandungen in Industrie und Gewerbe

	1937	1948	1949
Auf 1.000 in Industrie und Gewerbe Beschäftigte (ohne Bergbau) entfielen:			
1. Unfälle.....	36'6	39'5	46'1
2. Davon Todesfälle.....	0'16	0'25	0'24
3. Berufskrankheiten.....	¹⁾	0'42	0'83
4. Davon Todesfälle.....	¹⁾	0'01	0'02
5. Übertretungen arbeitsrechtlicher Vorschriften.....	15'5	9'7	13'3
6. Unfalltechnische und gewerbehygienische Beanstandungen.....	62'6	59'3	80'0

¹⁾ Keine Meldepflicht.

Die Zahl der gemeldeten *Berufskrankheiten* hat sich vom Jahre 1948 bis 1949 fast verdoppelt und ist daher auch je Beschäftigten stark gestiegen. Bei weitem die häufigste Berufserkrankung war Silikose und Silikotuberkulose: 530 Fälle oder 45'3% aller Krankheiten, davon 255 Fälle in der Eisen- und Metallindustrie und 96 in der Stein- und Erdenindustrie. Die zweite große Gruppe von Berufskrankheiten — 158 Fälle — wurde durch Benzol oder seine Homologe verursacht.

²⁾ Bei den Berufskrankheiten ist nur ein Vergleich mit 1948, nicht aber mit 1937 möglich, da damals keine Meldepflicht bestand.

³⁾ Zum Vergleiche wurde nur die Zahl der in Industrie und Gewerbe (ohne Bergbau) Beschäftigten herangezogen, da die Land- und Forstwirtschaft und der Großteil des Bergbaues, der von der Bergpolizei beaufsichtigt wird, nicht den Arbeitsinspektoren unterstehen.

Die Zahl der *arbeitsrechtlichen Übertretungen* war i. J. 1949 mit 13'8 je 1.000 Beschäftigte niedriger als i. J. 1937 (15'5). Gegenüber 1948 haben allerdings i. J. 1949 die arbeitsrechtlichen Überschreitungen absolut und relativ zugenommen, und zwar auch dann, wenn man die erweiterte Inspektionstätigkeit berücksichtigt.

Die stattgefundenen 18.875 arbeitsrechtlichen Übertretungen verteilten sich auf eine Vielzahl verschiedener Verstöße. Zu den häufigsten gehören solche, die die Arbeitszeit (5.588, davon 3.548 bei Lehrlingen), die Genehmigung von Betriebsanlagen (3.534), die Heimarbeit (1.317) und das Lehrgeld (819) betreffen.

Die *unfalltechnischen und gewerbehygienischen Beanstandungen* waren zwar i. J. 1949 mit 80 pro 1.000 Beschäftigte höher als i. J. 1937 (62'6), sie stiegen jedoch weniger als die Zahl der untersuchten Betriebe, so daß die Zunahme auf die Ausdehnung des Inspektionwesens zurückzuführen sein dürfte¹⁾.

Von den 113.181 unfalltechnischen und gewerbehygienischen Beanstandungen entfielen 10.322 auf vorschriftswidrige Installationen, 8.958 auf mangelhafte Merkblätter und Anschläge, 7.898 auf Mängel im Feuerschutz, 6.430 auf mangelhafte Vorkehrungen bei den Transmissionen, Riemen, Seilen, Ketten usw. der Kraftübertragung und 6.082 auf Mängel bei Holzbearbeitungsmaschinen; der Rest verteilte sich auf 56 weitere Kategorien.

Beanstandungen durch die Arbeitsinspektorate

	Prozentuelle Zunahme (+) bzw. Abnahme (-) im Jahre 1949 verglichen mit dem Jahre	
	1937	1948
1. Zahl der besuchten Betriebe	+ 36'5	+ 26'7
2. Übertretungen arbeitsrechtlicher Vorschriften pro 1.000 Beschäftigte	- 14'2	+ 37'1
3. Unfalltechnische und gewerbehygienische Beanstandungen pro 1.000 Beschäftigte ..	+ 27'8	+ 34'9

Die Ursachen der Entwicklung

Im Jahre 1937 dürften vor allem die Absatzschwierigkeiten und die Geldnot stärker zur Umgehung sozialrechtlicher Normen verführt haben, gegen die kaum eingeschritten wurde, weil freie Gewerkschaften fehlten und Furcht vor Arbeitslosigkeit herrschte. Von den 13.623 *arbeitsrechtlichen Über-*

¹⁾ Aus dem gleichen Grunde fällt auch der Rückgang der Zahl der arbeitsrechtlichen Übertretungen stärker ins Gewicht. Die Zahl der Unfälle und Berufskrankheiten wurde durch eine erweiterte Inspektionstätigkeit kaum berührt, da die Unfälle gemeldet werden, während die meisten arbeitsrechtlichen und hygienischen Mißstände vom Arbeitsinspektor erst an Ort und Stelle festgestellt werden.

tretungen i. J. 1937 betrafen 43% Verletzungen der Arbeitszeit, Sonntags- und Nachtarbeitsbestimmungen; i. J. 1949 fielen nur 31'4% der Übertretungen in diese Gruppe. Die Zahl der beanstandeten arbeitsrechtlichen und gewerbehygienischen Mißstände ist trotz erweiterten sozialpolitischen Normen relativ zurückgegangen. Daß sie von 1948 auf 1949 wieder zunahm, dürfte nicht zuletzt damit zusammenhängen, daß das Geld knapper und die Konkurrenz schärfer wurde. Möglicherweise hat sich auch die statistische Erfassung in der Nachkriegszeit gebessert.

Die Zunahme der Zahl der *Unfälle* dagegen hängt vor allem mit den Wandlungen der Produktions- und Beschäftigtenstruktur zusammen. Das Baugewerbe und die Eisen- und Metallindustrie, die besonders unfallgefährdet sind, spielen in der Nachkriegswirtschaft eine viel größere Rolle als vor 1938. Im Jahre 1937 entfielen 44'8% aller Unfälle auf diese beiden Wirtschaftszweige, i. J. 1948 und 1949 60%. Erst in großem Abstände folgt die Holzverarbeitung mit 7'1% aller Unfälle. Bei den tödlichen Unfällen steht die Bauindustrie an der Spitze (31'1%), ihr folgen die Eisen- und Stahlindustrie und die Industrie in Steinen, Erden, Ton und Glas.

Unfälle, Produktion und Beschäftigung in drei Wirtschaftszweigen

(1937 = 100)

	1937	1948	1949
Eisen- und Metallindustrie:			
Unfälle	100	247'6	298'3
Produktion	100	103'2	149'8
Beschäftigung	100	145'8	158'3
Textilindustrie:			
Unfälle	100	124'7	178'8
Produktion	100	104'8	131'9
Beschäftigung	100	103'6	130'4
Papierindustrie:			
Unfälle	100	128'3	140'6
Produktion	100	125'9	139'7
Beschäftigung	100	120'9	134'2

Wenn auch Strukturwandlungen die durchschnittliche Unfallhäufigkeit stark beeinflussen, so kann doch die Zunahme der Unfälle nicht ausschließlich daraus erklärt werden, da die Zahl der Unfälle auch innerhalb der Schwerindustrie überproportional gestiegen ist²⁾. Während Produktion und Beschäfti-

²⁾ Der Vergleich gelingt nur annähernd. Die Unfallstatistik bezieht sich nämlich auf Industrie und Gewerbe, die Produktionsstatistik dagegen erfaßt nur die Industrieproduktion. Die Beschäftigtenzahlen basieren auf einer repräsentativen Erhebung hauptsächlich größerer Betriebe. Trotzdem ist ein grober Vergleich möglich, besonders weil in den drei ausgewählten Wirtschaftszweigen die handwerkliche Produktion nur gering ist.

gung in der Eisen- und Metallindustrie¹⁾ i. J. 1949 ungefähr anderthalbmal so hoch waren wie i. J. 1937, stiegen die Unfälle auf das Dreifache. Auch in der Textilindustrie sind die Unfälle überproportional gestiegen (einer ungefähr 30 %-igen Produktions- und Beschäftigungszunahme steht eine 79 %-ige Zunahme der Unfälle gegenüber). In der Papierindustrie hingegen stieg die Unfallhäufigkeit ziemlich parallel mit Produktion und Beschäftigung.

Die Zunahme der Unfallhäufigkeit hängt mit der starken Ausdehnung der Produktion zusammen. Jede Produktionsausweitung²⁾ erfordert zusätzliche Arbeitskräfte, die weniger geschult sind und daher stärker den Unfallgefahren unterliegen. Auch dürften neue Betriebe weniger Erfahrungen in der Unfallverhütung haben. Gerade dieser Umstand erhöht die Bedeutung der Arbeitsinspektorate.

Auch die Zahl der Berufskrankheiten ist weitgehend abhängig von der Struktur der Beschäftigung.

Die Berufskrankheiten waren am häufigsten in der Eisen- und Metallindustrie: Auf sie entfielen i. J. 1949 44,4 % aller angezeigten Berufskrankheiten, 9,1 % auf die Stein- und Erdenindustrie, 7,5 % auf die graphischen Betriebe und 7,1 % auf Heilpraxis und Krankenpflege.

Die wirtschaftliche Bedeutung

Eine Verringerung der Unfallhäufigkeit und der Berufskrankheiten ist nicht nur aus menschlichen, sondern auch aus volkswirtschaftlichen Rücksichten geboten. Wäre es z. B. i. J. 1949 gelungen, die Unfallhäufigkeit pro 1.000 Beschäftigte auf dem Stande von 1937 zu halten, so hätte es statt 65.124 nur 51.752 Unfälle gegeben. Nimmt man je Unfall einen durchschnittlichen Arbeitsausfall von vier Wochen³⁾ an, so gingen durch die Steigerung der Unfallhäufigkeit pro Beschäftigten allein 53.488 Arbeitswochen oder ein Produktionswert von etwa 10,7 Mill. S (heutiges Lohnniveau) verloren⁴⁾, ganz abgesehen von Krankengeld und Behandlungskosten, die teils von den Betroffe-

¹⁾ Einschließlich Eisen- und Metallgewinnung, Fahrzeug-, Maschinen- und Elektroindustrie.

²⁾ Die Zahl der Neugründungen größerer Betriebe, die den Arbeitsinspektoren zur Kenntnis gelangten, betrug i. J. 1937 212, i. J. 1948 aber 4.530 und i. J. 1949 noch immer 914.

³⁾ Die Wiener Gebietskrankenkasse weist für 1949 insgesamt 32.511 Unfälle mit durchschnittlich 27,36 Krankentagen je Unfall aus.

⁴⁾ Die Arbeitswoche wurde mit 200 S, dem durchschnittlichen Bruttolohn nach dem vierten Lohn-Preispaakt multipliziert. Dieser Verlust tritt in Zeiten der Arbeitslosigkeit nicht voll ein, da vielfach an Stelle des Unfallbetroffenen ein bisher Arbeitsloser eingesetzt wird.

nen, teils von der Allgemeinheit getragen werden. Der Aufwand für die Arbeitsinspektorate i. J. 1949 betrug 2,9 Mill. S.

Die Beschäftigtenstruktur Wiens

Die starke Dynamik, die — fünf Jahre nach Kriegsende — noch immer sowohl die Weltwirtschaft als auch das innerösterreichische Wirtschaftsleben beherrscht, hält auch die regionalen und branchenmäßigen Verschiebungen der Beschäftigung dauernd in Fluß. Die Beschäftigtenzählung der Wiener Gebietskrankenkasse vom 1. August 1950 legt davon ein beredtes Zeugnis ab; es sind nicht nur gegenüber der Vorkriegszeit⁵⁾, sondern auch gegenüber dem Vorjahre bemerkenswerte Veränderungen eingetreten.

Die Gesamtzahl der Beschäftigten⁶⁾ war am 1. August 1950 mit 522.416 gegenüber dem 1. August 1949 nahezu unverändert (521.386). Auch der Anteil der Frauen war mit 41,7 % gleich geblieben. Hinter dieser unveränderten Gesamtzahl verbirgt sich aber eine merkliche Verschiebung von den Arbeitern zu den Angestellten und zwar auch innerhalb der einzelnen Branchen⁷⁾. Während die Zahl der Arbeiter innerhalb Jahresfrist von 372.957 auf 367.227 zurückging, stieg die der Angestellten von 148.429 auf 155.189 und damit der Anteil der Angestellten an der Gesamtbeschäftigung von 28,5 % auf 29,7 %. Die Konzentration der Erzeugung erhöhte die Beschäftigung vor allem in den größeren Betrieben, die relativ mehr Angestellte brauchen. Die kleineren Betriebe dagegen mußten sich einschränken; vielfach verschwanden auch kapitalschwache Nachkriegsgründungen wieder. Das geht deutlich daraus hervor, daß die Zahl der von der Gebietskrankenkasse (Bereich Arbeiter) erfaßten Betriebe, die Personal hielten, vom 1. August 1949 bis 1. August 1950 um 2.375 zurückging, während die Betriebe ohne Personal (Ein-Mann-Betriebe) um 1.554 zunahmen. Offensichtlich haben kleinere Betriebe, die im Vorjahre noch Beschäftigte halten konnten, diese im Jahre 1950 vielfach entlassen müssen. Da aber die Gesamtzahl der Beschäftigten nicht zurückging, müssen andere, insbesondere größere Betriebe, ihren Beschäftigtenstand vermehrt haben.

⁵⁾ Ein Vergleich der Beschäftigtenstruktur mit der Vorkriegszeit (31. März 1938) wurde in dem Aufsatz „Veränderungen der Beschäftigtenstruktur in Wien“, Nr. 11 der Monatsberichte, Jg. 1949, S. 471 ff., angestellt.

⁶⁾ Ohne öffentlich-rechtliche Bedienstete des Bundes und der Gemeinde, ohne Bundesbahner und ohne die Versicherten von fünf Betriebskrankenkassen.

⁷⁾ Die Verschiebung hätte sich auch durch eine Veränderung in der relativen Bedeutung der einzelnen Wirtschaftszweige ergeben können.

Zahl der von der Wiener Gebietskrankenkasse
(Bereich Arbeiter) erfaßten Betriebe

Zeitpunkt	Ohne Personal	Mit Personal
1. August 1949.....	19.654	77.211
1. August 1950.....	21.208	74.836

Die Verschiebungen zwischen den einzelnen Branchen lassen vor allem ein weiteres Anwachsen der Beschäftigung in den Investitions- und Exportindustrien erkennen. Besonders stark stieg die Beschäftigung in der Eisen- und Metallindustrie¹⁾ (um 5.256 oder 5'1%) und in der Textilindustrie (um 2.263 oder 11'2%). Insgesamt nahm in den wichtigsten Branchen der Investitions- und Exportindustrie (Steine- und Erdenindustrie, Baugewerbe, Eisen- und Metallindustrie, Textilbetriebe, Papiererzeugung und -verarbeitung) die Zahl der Beschäftigten um 9.687 zu.

Innerhalb der Konsumgüterindustrien nahm vor allem die Beschäftigung in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie (um 2.983 oder 10'5%) zu. Die bessere Versorgung mit Nahrungsmitteln, die der Ernte 1949 folgte, und das erfolgreiche Bemühen der Konsumenten, ihren Ernährungsstandard über das niedrige Niveau der ersten Nachkriegsjahre zu heben, aber auch die höhere Eigenversorgung finden hierin ihren Ausdruck. Da aber die Kaufkraft gering und die Preise hoch blieben, mußten die vermehrten Aus-

¹⁾ Diese Gruppe umschließt Gewinnung und Verarbeitung von Eisen und Metall.

gaben für Nahrungs- und Genußmittel zu Einschränkungen auf anderen Gebieten führen. Diese machen sich in Beschäftigungsrückgängen bei allen — verglichen mit der Ernährung — „minderwichtigen“ Industrien, die nicht wie die Textilindustrie in einen erweiterten Export ausweichen konnten, und insbesondere auch bei den „minderwichtigen“ Dienstleistungen („Kulturkrise“) bemerkbar. Absolut am stärksten ging die Beschäftigung im Bekleidungs-gewerbe zurück (um 4.438 oder 12%), relativ am stärksten bei Bildung, Kunst, Sport und Unterhaltung (um 1.679 oder 23'9%). Insgesamt betrug der Rückgang der Beschäftigtenzahl in den „minderwichtigen“ Wirtschaftszweigen (Erzeugung und Bearbeitung von Leder, Bekleidung, Reinigungsbetriebe, Körperpflege, Bildung, Kunst, Sport und Unterhaltung, Hausgehilfinnen) 7.659.

Schließlich nahm auch die Zahl der nicht-pragmatisierten Bediensteten der öffentlichen Hand (— 4.208) ab. Bei den anderen Branchen gab es nur geringe Verschiebungen²⁾.

Ungelöst blieb das Problem der Lehrlingshaltung. Obwohl die Gesamt-Beschäftigtenzahl leicht gestiegen ist, war die Zahl der Lehrlinge und Praktikanten am 1. August 1950 um 2.566 niedriger als vor einem Jahr. Nur das Nahrungs- und Genußmittel-

²⁾ Die Rückgänge in den Gruppen Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerke und Öffentlicher Unterricht sind auf Überstellung von Versicherten in andere Kassen zurückzuführen.

Krankenversicherte Arbeiter und Angestellte¹⁾ in Wien nach Wirtschaftszweigen nach dem Stande vom 1. August 1949 und 1. August 1950²⁾.

Wirtschaftszweig	Arbeiter				Angestellte				Arbeiter und Angestellte zusammen			
	1. August 1950		1. August 1949		1. August 1950		1. August 1949		1. August 1950		1. August 1949	
	insges.	davon weibl.	insges.	davon weibl.	insges.	davon weibl.	insges.	davon weibl.	insges.	davon weibl.	insges.	davon weibl.
1. Land- und Forstwirtschaft	714	265	695	226	132	55	185	92	846	320	880	318
2. Bergbau	319	50	436	22	163	71	108	45	482	121	544	67
3. Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerke	850	140	1.045	192	821	259	948	379	1.671	399	1.993	571
4. Gewinnung und Verarbeitung von Steinen, Erden, Ton, Glas	9.362	2.580	9.055	2.542	1.513	567	1.427	541	10.875	3.147	10.482	3.083
5. Baugewerbe	41.732	1.369	40.250	1.457	5.360	1.369	5.204	1.349	47.092	2.738	45.544	2.806
6. Gewinnung und Verarbeitung von Eisen und Metall	87.263	17.409	83.604	16.177	21.864	7.579	20.267	6.952	109.127	24.988	103.871	23.129
7. Holzverarbeitung	15.044	2.069	15.751	2.001	1.812	713	1.735	684	16.856	2.782	17.486	2.685
8. Erzeugung und Bearbeitung von Leder	3.406	1.118	3.580	1.103	619	286	574	271	4.025	1.404	4.154	1.374
9. Textilbetriebe	18.093	13.615	16.323	12.708	3.735	1.849	3.242	1.610	21.828	15.464	19.565	14.318
10. Bekleidung	28.542	20.049	33.305	22.538	3.853	2.110	3.528	1.973	32.395	22.159	36.833	24.511
11. Papiererzeugung und -verarbeitung	5.515	3.517	5.647	3.661	1.495	661	1.226	569	7.010	4.178	6.873	4.230
12. Graphische Betriebe	9.004	2.902	9.700	3.147	2.353	997	2.203	910	11.357	3.899	11.903	4.057
13. Chemie und Gummiindustrie	9.649	3.538	10.332	3.763	6.285	2.461	5.808	2.323	15.934	5.999	16.140	6.086
14. Nahrungs- und Genußmittelindustrie	24.237	7.729	22.049	7.168	7.053	4.098	6.258	3.614	31.290	11.827	28.307	10.782
15. Hotel-, Gast- und Schankgewerbe	10.122	5.699	10.082	5.610	1.106	412	1.114	444	11.228	6.111	11.196	6.054
16. Handel	14.599	4.486	15.854	4.480	37.997	18.997	35.395	17.435	52.596	23.483	51.249	21.915
17. Verkehr	10.292	885	10.867	870	5.826	2.652	5.921	2.735	16.118	5.337	16.788	3.605
18. Geld- u. Kreditwesen, Privatversicherung	1.708	592	1.898	576	9.945	3.413	10.223	4.020	11.653	4.005	12.121	4.596
19. Reinigungsbetriebe	3.576	2.750	4.147	3.138	420	304	381	263	3.996	3.054	4.528	3.401
20. Körperpflege	4.599	2.949	5.245	3.269	101	75	100	72	4.700	3.024	5.345	3.341
21. Heilkunde, Hygiene und Krankenpflege	2.166	1.323	2.208	1.371	2.843	1.926	2.725	1.843	5.009	3.249	4.933	3.214
22. Bildung, Kunst, Sport u. Unterhaltung	1.746	884	3.211	1.456	3.609	1.586	3.823	1.754	5.355	2.470	7.034	3.210
23. Advokatur- und Notariatskanzleien	1.248	648	765	462	2.779	2.011	2.545	1.831	4.027	2.659	3.310	2.293
24. Öffentlicher Dienst	20.195	7.924	23.719	9.914	32.047	16.851	32.731	17.236	52.242	24.775	56.540	27.150
25. Öffentliche Gesundheitspflege	2.136	1.387	1.904	1.226	1.073	959	546	463	3.209	2.346	2.450	1.689
26. Öffentlicher Unterricht	100	84	981	525	189	155	212	153	289	239	1.193	678
27a Hausgehilfen	15.528	15.399	15.960	15.835	196	190	—	—	15.724	15.589	15.960	15.835
27b Hausbesorger	25.482	24.136	24.344	23.058	—	—	—	—	25.482	24.136	24.344	23.058
Insgesamt	367.227	145.496	372.957	148.495	155.189	72.606	148.429	69.561	522.416	218.102	521.386	218.056

¹⁾ Einschließlich Heimarbeiter und Lehrlinge; ausschließlich öffentlich-rechtliche Bedienstete des Bundes, der Stadt Wien und der Bundesbahnen. — ²⁾ Quelle: Mitgliederzählung der Wiener Gebietskrankenkasse.

gewerbe, die Rechts- und Wirtschaftsberatung und der öffentliche Dienst hatten die Zahl ihrer Lehrlinge und Praktikanten vermehrt.

Beschäftigte Lehrlinge und Praktikanten in Wien

Zeitpunkt	Männlich	Weiblich	Insgesamt
1. August 1949	18.318	7.628	25.946
1. Februar 1950	18.342	7.144	25.486
1. August 1950	16.568	6.812	23.380

Von Mitte August 1949 bis Mitte August 1950 hat sich also die Struktur der Beschäftigung in Wien weiter zu Gunsten der Produktionsmittel- und Exportindustrie verschoben. Dagegen ging die Zahl der Beschäftigten in den Dienstleistungsgewerben im weiteren Sinne absolut und relativ zurück. Diese Verschiebung in der Produktionsstruktur sowie eine wachsende Konzentration der Produktion in den größeren Betrieben begünstigte ferner eine Verschiebung der Beschäftigung von den Arbeitern zu den Angestellten.

Das Erkennen dieser Strukturverschiebung ist auch für die Zukunft wichtig, weil mit dem Rückgang der Investitionsrate (sowohl in Österreich als auch in den anderen Ländern) und nach dem Abflauen der außerordentlichen Exportkonjunktur voraussichtlich ein neuer Umschichtungsprozeß in entgegengesetzter Richtung einsetzen wird, der durch rechtzeitige wirtschaftspolitische Maßnahmen im Sinne einer Vermeidung von Reibungsarbeitslosigkeit erleichtert und beschleunigt werden könnte.

Verkehr¹⁾

Dazu statistische Übersichten S. 586—587

Die Verkehrsleistungen der Bundesbahnen sind im Monat Oktober weiter gestiegen. Im *Güterverkehr* wurde die saisonübliche Herbstspitze durch die umfangreichen Zuckerrübentransporte, die auf mehr als 630.000 t (1949: 450.000 t) geschätzt werden, stark überschritten. Da die Kohlentransporte im Herbst

¹⁾ Berichtigung: Im 7. Sonderheft (Gesamtschau der österreichischen Wirtschaft in den Jahren 1948 und 1949) treten auf Seite 65 in Übersicht 101 an Stelle der vorläufigen Zahlen für das Jahr 1949 folgende endgültige:

Art	1949 in Mill. S	1949 in % von 1947	1948
Ausgaben	1.914'9	179'7	120'1
Einnahmen	1.650'8	214'2	134'2
Betriebsabgang	264'1	89'6	72'6
A. o. Aufwand	516'4	238'0	117'5
Gesamtabgang	780'5	152'5	97'1
Betriebszahl	116'0	83'9	89'2

Ferner ändern sich folgende Zahlen auf Seite 65, linke Spalte, Zeile 5: statt 49% heißt es 27'7%; Zeile 6: statt 30% / 22'8%; Zeile 7: statt 19% / 13'8%; Zeile 10: statt 294'1 Mill. S / 264'1 Mill. S; Zeile 15: statt 470'5 Mill. S / 516'4 Mill. S.

ebenfalls ihren Höhepunkt erreichen, war die Wagensituation mit einer Gestellung von 6.250 Wagen je Arbeitstag (Oktober 1949: 5.129) stark angespannt. Erst gegen Ende November nahm die Nachfrage nach Transportraum ab, so daß sich der Herbstverkehr diesmal auch zeitlich über das normale Ausmaß ausdehnte. Die geleisteten Nutzlast-Tonnenkilometer stiegen von September auf Oktober um 18'9% auf 604'3 Mill. Netto-t-km.

Der *Personenverkehr* war auch im Oktober erwartungsgemäß weiter rückläufig. Die Zahl der verkauften Karten sank auf 5'021 Mill. Stück (September 5'496 Mill.) und war damit auf nahezu gleicher Höhe wie im Oktober 1949.

Die Verkehrsleistungen der Bundesbahnen im III. Quartal 1950 weichen von denen des Vorjahres nur wenig ab. Lediglich die Zahl der Wagengestellungen erhöhte sich stärker. Da die erhöhte Wagengestellung für Exportzwecke (743 Wagen gegen 505 Wagen täglich im III. Quartal 1949) und den Transitverkehr (plus 60 Wagen täglich) durch den verminderten Bedarf für die Einfuhr (minus 322 Wagen) überkompensiert wurde, kann die Zunahme der Wagengestellungen nur auf den Binnenverkehr zurückgehen²⁾.

Verkehrsleistungen der Bundesbahnen im III. Quartal 1950

Art	III. Quartal 1949	III. Quartal 1950	1949=100
Güterverkehr:			
Netto-Tonnenkilometer (Mill.)	1.446'2	1.491'7	103'2
Zugskilometer (in 100)	55.525	56.835	102'4
Wagengestellung (Arbeitstag) .	4.604	5.257	114'2
Transit (Mill. Netto-t-km) ...	251'1	250'7	99'8
Personenverkehr:			
Verkaufte Karten (in 1.000) ..	17.838	18.176	102'2
Zugskilometer (in 100)	85.411	95.195	111'5
Finanzielle Gebarung:			
Einnahmen (Mill. S)	471'1	575'8	122'2
Laufende Ausgaben (Mill. S) .	484'1	597'0	123'3
Sonstige Ausgaben (Mill. S) ..	87'2	104'0	119'3

Die Verhandlungen zwischen den Bundesbahnen und der Bundeshandelskammer über die Ausnahmetarife, die bei der Tarifierhöhung im Juni 1949 den Verfrächtern als befristete Übergangsmaßnahmen eingeräumt worden waren, sind Mitte November beendet worden. Dank dem Entgegenkommen der Generaldirektion der ÖBB, die jene seinerzeit bis Dezember 1949 und Juni 1950 befristeten und teilweise inzwischen verlängerten Ausnahmetarife nunmehr aufheben wollte, werden die für die Preise der gewerblichen Wirtschaft entscheidenden Ausnahmetarife auch weiterhin eingeräumt, allerdings mit Kürzungen.

²⁾ An das Ausland wurden keine Wagen ausgeliehen.

Die Frachtsätze für Export-Roheisen werden dadurch um 6%, für Eisenhalbfabrikate um 11%, für Eisenerzimporte um 12,5% erhöht, während alle übrigen Frachtsätze für Eisen unverändert bleiben. Der Ausnahmetarif für Glanzkohle bleibt bis 200 km unverändert; innerhalb dieser Entfernung werden 80% der gesamten Transportmenge befördert. Über 200 km wird der Tarif um 5% erhöht (von G - 10% auf G - 5%). Für Lignitkohle wird der Frachtsatz ab 100 km um 7% gesteigert (von G - 30% auf G - 25%), erreicht aber bei 360 km Entfernung wieder den alten Satz. Unter den aufgelassenen Ausnahmetarifen sind die Ausnahmetarife 43 (Kupferkiesabbrände), 44 (Buchenholz für Lenzinger Zellulosefabrik), 45 (Flach- und Hanfstengel), 47 (Zellwolle-Ausfuhr), 56 (Bauxit) und 69 (amorphe Kreide). Diese Tarife wurden teilweise wegen ihrer geringen Bedeutung, teilweise aus Gründen der Konkurrenz¹⁾ gegenüber der Straße gestrichen. Diese Neuregelung der Ausnahmetarife dürfte den Bundesbahnen die ursprünglich erhoffte Einnahmesteigerung (bei Auflassung der dafür vorgesehenen Ausnahmetarife) auf ungefähr die Hälfte reduzieren. Die geringfügigen Belastungen treffen hauptsächlich Industrien, die gegenwärtig eine Exportkonjunktur haben.

Der *Fremdenverkehr* war im September saisongemäß stark rückläufig. Die Zahl der Übernachtungen ging gegenüber August um 57,3% zurück, lag jedoch mit 1.449.500 Übernachtungen um 33,2% über dem September 1949 und um 15% unter dem September 1937. Der Ausländerverkehr ging erwartungsgemäß stärker zurück (-60,2%) als der Inländerverkehr (-46,4%).

Ein exakter Vergleich des Sommerhalbjahres 1950 mit zurückliegenden Saisonen ist noch nicht möglich, da noch die Ergebnisse des Monats Oktober fehlen und außerdem von den monatlichen Zählungen nur 699 Gemeinden erfaßt werden gegen 1.657 Gemeinden in den Halbjahresmeldungen (vor dem Krieg 2.140). Werden die Erfahrungssätze bezüglich der Frequenzänderung von September auf Oktober (minus 52%) und der Differenz zwischen monatlichen und halbjährlichen Meldungen (Inländer plus 20%, Ausländer plus 5%) eingesetzt, so ergeben sich für das Sommerhalbjahr 1950 12'180 Mill. Übernachtungen, d. s. 34,7% Übernachtungen mehr als im Sommerhalbjahr 1949.

Im Vergleich zum Sommerhalbjahr 1937, das um 33,4% höher lag, ist vor allem der erheblich geringere Inländerverkehr bemerkenswert. Er beruht fast

¹⁾ Dies gilt z. B. für Kupferkiesabbrände, die die Werke mit der Bahn verfrachteten, während sie Kupfer auf der Straße beförderten; ebenso ließ die Lenzinger das Buchenholz mit der Bahn befördern, die Zellwolle aber teilweise mit dem Auto. Die Bahn ist gezwungen individuelle Ermäßigungen für bestimmte Rohwaren zu streichen, wenn die Begünstigten das Fertigprodukt dann durch andere Verkehrsmittel befördern lassen. Denn Massengüter können tarifarisch nur begünstigt werden, wenn der Kostenausgleich durch hochwertige Güter ermöglicht wird.

Vorläufige Ergebnisse des Sommerhalbjahres 1950

	Übernachtungen in 1.000	in Prozent von	
		1937	1949
Gesamt	12.180	74,9	134,7
Inland	8.396	72,6	109,3
Ausland	3.544	75,7	259,9

ausschließlich auf der geringeren Zahl von Reisenden aus Wien. Da es sich hierbei vorwiegend um strukturelle Verlagerungen handelt²⁾ (Einkommensverschiebungen), wird auch für die nächsten Jahre kaum mit einer grundlegenden Änderung zu rechnen sein. Für die Fremdenverkehrswirtschaft ist diese Entwicklung um so nachteiliger, als die finanzielle Hauptstütze der meisten Orte der Inländerverkehr ist.

Die Erfolge im Ausländerverkehr, der gegenüber der Sommersaison 1949 um 160% zunahm, sind bekanntlich in erster Linie ein Erfolg der Devisenkursänderung. Berücksichtigt man jedoch, daß der valutatische „Vorsprung“ des österreichischen Fremdenverkehrsgewerbes immer mehr zusammenschrumpft und die Schweiz sowie die Nordischen Staaten bereits Konkurrenzmaßnahmen ergriffen haben³⁾, so ist eine allzu optimistische Auffassung für die Zukunft nicht ganz berechtigt. Die auf die Vorkriegsfrequenz (4'68 Mill. Übernachtungen) fehlenden 1'13 Mill. Ausländer-Übernachtungen dürften in nennenswertem Ausmaße nur aus Deutschland gewonnen werden können. Hierbei ist jedoch zu berücksichtigen, daß in dieser Saison bereits 456.000 deutsche Übernachtungen⁴⁾ von Deutschen gezählt wurden, d. s. 48% des Vorkriegsbesuches (944.395 Übernachtungen im Sommerhalbjahr 1937), der aus dem damaligen Reichsgebiet kam, jetzt aber nur aus der Westzone. Eine nennenswerte Steigerung scheint daher fraglich; bedenklich ist auch, daß von den 1'767 Mill. \$, die für den Sommerverkehr nach Österreich den Deutschen zur Verfügung standen, nur 632.000 \$ beansprucht wurden; selbst wenn die Paßschwierigkeiten berücksichtigt werden, bleibt diese Beanspruchung unbefriedigend. Der Besuch aus den Oststaaten, auf die früher im Sommerhalbjahr 44,2% aller Übernachtungen entfielen, ist zwar stark durch den Besuch aus anderen

²⁾ Vergl. Heft 6, Seite 269 der Monatsberichte.

³⁾ Die Schweiz gewährt bei 14-tägigem Aufenthalt eine Rückvergütung von 50 sfr., so daß sich die Pensionskosten auf einen Tagsatz von 10-11 sfr. vermindern. Norwegen hat für die Wintersaison eine „Skiluftbrücke“ eingerichtet, die preislich einschließlich Fahrt (von England), Skiausrüstung und einem vorausgehenden 5-tägigen Trockenskikurs billiger als ein Österreich-Aufenthalt ist.

⁴⁾ Ein beträchtlicher Teil entfällt allerdings auf Mittelberg, jedoch schließt auch die Vorkriegsstatistik dieses Gebiet ein.

Ländern wettgemacht worden, doch dürfte es schwierig sein, ihn auf die Dauer ganz zu kompensieren.

Der Fremdenverkehr dürfte im Sommerhalbjahr 280 Mill. S erbracht haben, d. s. 107 Mill. \$ oder in Werten von 1937 6 Mill. \$. Da die Einnahmen im Sommerhalbjahr 1937 309 Mill. \$ betragen, belaufen sich die gegenwärtigen Einnahmen kaufkraftmäßig auf knapp 20% der damaligen, denen jedoch heute eine Übernachtungsfrequenz von 75,5% von 1937 gegenübersteht.

Ausländer-Fremdenverkehr in den einzelnen Bundesländern

1949/50	Österreich	Wien	Salzburg 1.000 Übernachtungen	Tirol	Vorarlberg	Übrige
November	80'9	38'8	13'7	9'0	9'2	9'1
Dezember	138'3	34'0	19'1	45'5	28'2	11'5
Jänner	219'2	36'3	24'0	82'2	62'4	14'3
Februar	297'0	33'6	24'5	101'6	124'5	12'8
März	310'9	42'8	26'5	77'0	151'2	14'4
April	191'3	48'7	29'7	43'6	50'8	18'6
Mai	185'3	47'8	48'0	41'0	19'4	29'1
Juni	379'1	50'0	110'9	120'8	43'6	53'7
Juli	848'1	62'1	243'3	284'5	99'0	159'2
August	1.218'3	85'2	340'0	396'9	157'8	238'4
September	484'6	59'3	159'9	118'8	60'1	86'4

Außenhandel

Dazu statistische Übersichten S. 588—590

Der Außenhandel konnte im Oktober den Aufschwung der Vormonate fortsetzen. Die *Ausfuhr* stieg um 14% auf den neuen Höchststand von 674'6 Mill. S. Nach Ausschaltung des Saisonfaktors verbleibt noch immer eine Steigerung um 10'3%. Der stürmische Anstieg der Ausfuhr nach Deutschland in den letzten Monaten hat sich im Oktober etwas verlangsamt. Die Einfuhr aus Deutschland erreichte einen neuen Höhepunkt. Das verschärfte Außenhandelsregime in Westdeutschland sowie die Einschränkung der Liberalisierung gegenüber Österreich, für das nun wie für die anderen Länder bloß die 60%-ige Liberalisierungsliste gilt, werden den österreichischen Export erschweren. Das neue Handelsabkommen hat allerdings ab 1. November 1950 große Kontingente der nicht mehr liberalisierten Waren eingeräumt, die bei geschickter Ausnützung noch immer einen beträchtlichen Warenaustausch mit Deutschland ermöglichen.

Die Ausfuhr nach den Vereinigten Staaten fiel im Oktober von dem hohen im September erreichten Niveau um 13'7 Mill. S auf 45 Mill. S. Hingegen erholte sich die Ausfuhr nach Italien von dem niedrigen Stand der vorigen Monate und erreichte mit 86'7 Mill. S einen Wert, der nur mehr wenig hinter den Höchstwerten von Mai und Juni zurückblieb. Die Einfuhr aus Italien blieb allerdings auch im Oktober so niedrig wie in den beiden Vormonaten.

Der Verkehr mit Italien wurde insofern vorübergehend erleichtert, als die Frist, innerhalb der Reziprozitätsgeschäfte noch zugelassen werden, bis zum 31. Jänner 1951 verlängert wurde, wenn die Geschäfte vor dem 1. April 1950 abgeschlossen wurden und eine Seite bereits geliefert hat.

Die Bemühungen, das Clearingpassivum gegenüber der Tschechoslowakei abzubauen, führten zu einer sprunghaften Exportsteigerung. Mit 62'5 Mill. S war der Oktoberexport in die Tschechoslowakei nicht nur um 35'4 Mill. S größer als die Einfuhren von dort, sondern auch um 24'8 Mill. S höher als das bisher beste Monatsergebnis (März 1950). Auch die Ausfuhr nach anderen Staaten — Triest, Großbritannien, Griechenland, Jugoslawien — erreichte im Oktober neue Höchstwerte.

Die Vereinheitlichung der Wechselkurse, die in verstärktem Maße mit dem Auflösen des Grundkurses von 14'40 S im Oktober begann, wurde mit dem Beschluß fortgesetzt, Kompensationsgeschäften nur mehr in den dringendsten Fällen zuzustimmen und die Belassungsquoten rückwirkend ab 16. November 1950 prinzipiell um 20% herabzusetzen. Es ist unvermeidlich, daß diese Maßnahmen, wenn sie rigoros durchgeführt werden, für viele Exporteure die Rohstoffbeschaffung erschweren und die Exporterlöse verringern. Wenn dadurch die Ausfuhr merklich litte, wäre dieser Schritt zweifellos verfrüht gewesen. Sollten diese Maßnahmen aber für den Export wegen der Konjunktur und der steigenden Weltmarktpreise ohne fühlbare Rückwirkung tragbar sein, dann könnte der damit verbundene höhere Anfall von Devisen dazu benützt werden, Firmen — insbesondere Fertigwarenproduzenten —, die bisher nur wenig in den Export eingeschaltet waren, mehr Devisen für Rohstoffe zuzuteilen und so dem Export eine etwas breitere Basis zu bieten.

Die kommerzielle *Einfuhr* stieg im Oktober um 9'7% auf 580'5 Mill. S und war damit höher als in irgendeinem Monat seit Mai, blieb aber noch immer um 2% hinter dem Monatsdurchschnitt des ersten Halbjahres zurück.

Dieses relative Zurückbleiben der Einfuhr gegenüber der Ausfuhr vergrößerte den seit August datierenden Exportüberschuß im kommerziellen Verkehr auf 94'1 Mill. S.

Die geringe Ausnützung der Ausgangsposition („initial position“) bei der Europäischen Zahlungsunion trug auch im Oktober entscheidend dazu bei, das Einfuhrvolumen zu drücken. Im Oktober wurden nur 2'7 Mill. Dollar aus diesem Konto ausgenützt, in der ganzen Periode Juli—Oktober nur 10'7 Mill. Dollar, d. h. in einem Drittel der zur Verfügung

stehenden Zeit wurden nur 13,4 % der initial position in Anspruch genommen. Damit hat sich Österreich von den sechs Ländern, denen eine Ausgangsposition zugebilligt wurde, am sparsamsten gezeigt, mit Ausnahme der Türkei, die gegenüber den OEEC-Staaten in diesen vier Monaten einen kleinen Überschuß von 10,6 Mill. Dollar erzielen konnte.

Die Ausgangsposition und ihre Ausnützung in den Monaten Juli–Oktober 1950

Staat	Höhe der Ausgangsposition Mill. \$	Ausnützung der Ausgangsposition Juli bis Oktober 1950	
		Mill. \$	In % des zur Verfügung stehenden Betrages
Österreich.....	80	10'7	13'4
Griechenland.....	115	53'3	46'3
Island.....	4	1'4	35'0
Norwegen.....	50	25'3	50'6
Holland.....	30	30'0	100'0
Türkei.....	25	—	—

So erfreulich es im allgemeinen für unsere Außenhandelsentwicklung ist, daß wir trotz gekürzter ERP-Hilfe unser Defizit gegenüber den OEEC-Staaten in so engen Grenzen halten konnten, ist es doch fraglich, ob es richtig war, gerade in den letzten Monaten mit Importen zurückzuhalten. Die steigenden Preise auf dem Weltmarkt und die Verknappung einer immer größer werdenden Zahl von Rohstoffen und Halbfabrikaten hätten eine großzügige Auffüllung der vielfach schon recht geringen heimischen Vorräte ratsam erscheinen lassen. Obwohl jetzt ein Plan zur gleichmäßigen Inanspruchnahme der Ausgangsposition für den Rest des ERP-Jahres ausgearbeitet wurde, ist doch zu befürchten, daß sich auf manchen Gebieten die Einkaufsbedingungen verschlechtern haben werden.

Die Einfuhren aus der direkten ERP-Hilfe stiegen im Oktober von ihrem außerordentlich niedrigen Septemberstand um 46 Mill. S auf 130 Mill. S. Damit lagen sie noch immer beträchtlich unter den

ERP-Einfuhren früherer Monate, entsprachen ihrem Wert nach aber schon nahezu dem Monatsdurchschnitt, wie er sich auf Grund der gekürzten ERP-Hilfe für das Jahr 1950/51 ergeben wird (136 Mill. S).

Der *Quantumindex* für das dritte Quartal 1950 zeigt auch nach Ausschaltung der Preisbewegung die bereits aus den Wertziffern festgestellte Gegenbewegung der Ein- und Ausfuhr. Das Ausfuhrvolumen erreichte im dritten Quartal 95,7 % des Volumens vom Jahre 1937 und war damit um 3,2 % größer als im zweiten Quartal und um 45,2 % größer als im dritten Quartal 1949. Die stärkste Erholung gegenüber 1937 zeigte noch immer die Rohstoffausfuhr mit 99 % des damaligen Volumens, obwohl sie gegenüber dem ersten und zweiten Quartal, in denen das Vorkriegsvolumen bereits überschritten worden war, etwas zurückblieb. Hingegen machte die Fertigwarenausfuhr einen beachtlichen Fortschritt: sie stieg gegenüber dem Vorquartal um 12 % und erreichte 96,4 % des Vorkriegsstandes. Auch die Ausfuhr von Nahrungsmitteln, die bis Ende des Vorjahres kaum ins Gewicht fiel, ist seit Beginn dieses Jahres ständig gestiegen und erreichte im dritten Quartal bereits die beachtliche Höhe von 60,6 % des Volumens von 1937.

Die kommerzielle Einfuhr fiel gegenüber dem Vorquartal um 15,2 % und gegenüber dem dritten Quartal des Vorjahres um 17 % und war mit zwei Drittel des Vorkriegsvolumens die kleinste seit dem ersten Quartal 1949. Besonders unerfreulich ist dabei angesichts der Rohstoffknappheit, daß besonders die Rohstoffimporte sehr zurückgegangen sind. Ihr Volumen war mit nur 66,1 % (1937 = 100), das niedrigste seit dem vierten Quartal 1948. Das Volumen der Fertigwarenimporte ging zwar auch etwas zurück, aber weniger stark, und blieb noch über dem Vorkriegsniveau.